

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Mehr Verkehrssicherheit, weniger Verkehrsbelastung in den Bezirken St. Peter, Waltendorf und Ries (GR HR DI Georg Topf, ÖVP)

GR HR DI **Topf**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Stadtregerung, werte Damen und Herren, die Sie zuhören, zusehen über Livestream. Ich habe heute einen Antrag zur dringlichen Behandlung gewählt insbesondere deshalb, weil gerade dieser Bereich, und ich habe nämlich bewusst diesen Bereich herausgesucht, hier jetzt doch einer Verkehrslösung insbesondere zuzuführen und ich werde im Motivenbericht noch einmal darauf eingehen, wieso ich gerade diesen Bereich als dringlich zu behandeln hier angeführt und ausgesucht habe. Ich habe diesen dringlichen Antrag natürlich im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit den Gemeinderäten und Bezirksvertretungen aus diesen Bezirken gestellt. Es geht in meinem Antrag um mehr Verkehrssicherheit, weniger Verkehrsbelastung in den Bezirken St. Peter, Waltendorf und Ries. Mir ist schon klar, dass es in anderen Bereichen auch Verkehrsprobleme gibt und ich denke, dass wir aber uns einmal fokussieren sollten auf einen Bereich, der in Zukunft auch mit einem Damoklesschwert, das ich dann ausführen möchte hier, durchaus beaufschlagt wird. Bereits seit mehreren Jahren sieht sich die Stadt Graz einer Problematik gegenüber, mit der viele wachsende Städte konfrontiert sind. Der damit verbundene steigende motorisierte Individualverkehr verlagert sich vermehrt auf alternative Routen, um Staus zu umgehen. Die öffentlichen Verkehrsmittel, die zwar ständig erweitert und auch attraktiver gestaltet wurden und werden sowie verstärkt errichtete Radwege und Radrouten können allerdings nur einen Teil der Mobilität sicherstellen. Tausende Pendler aus dem Umland und auch aus Graz selbst sind nach wie vor auf ihr eigenes Auto angewiesen, auch wenn wir im Bereich der Mobilität das eine oder andere wirklich Begrüßenswerte versuchen.

Im Falle von unvorhergesehenen Ereignissen, wie z.B. Unfällen, aber auch bei unvorhergesehenen Beeinträchtigungen, wie Baustellen oder Blockaden usw., kommt es zu geradezu chaotischen Verhältnissen, die für alle Beteiligten untragbar sind. In den vergangenen Jahren war dies – wie von uns schon wiederholt aufgezeigt – laufend in den Bezirken St. Peter, Waltendorf und Ries, ich nenne hier Messendorfberg, Petersbergen, Ruckerlberg, Rosenberg ist uns auch noch hier genannt worden, der Fall, wo sich die Beschwerden von Bewohnern mehrten, weil immer mehr Autofahrer diese Strecken als Ausweichrouten für sich entdeckt haben, um Staus auf den Hauptverkehrsadern auszuweichen und/oder Fahrzeit zu verkürzen. Bis zum heutigen Tag wurde die schon lange formulierte und immer wieder vorgebrachte Kritik der Anrainerinnen und Anrainer ignoriert ebenso wie die Vorschläge der Bezirksräte zur Entlastung der betroffenen Siedlungsbereiche. Aktuelles Beispiel war oder ist das Verkehrschaos am Ruckerlberg, wo die Bewohnerinnen und Bewohner in den vergangenen Wochen, eigentlich schon seit mehreren Monaten und Jahren, ich war immer wieder vor Ort hier diskutierend mit der Bevölkerung, einer wahren Verkehrslawine ausgesetzt waren und nach wie vor sind. Mit der Aussage in der Kleinen Zeitung, Frau Stadträtin, vom 25. November 2020, man werde nicht den Schleichverkehr sperren, nur damit ein paar Einfamilienhaus- und SUV-Besitzer ihre Ruhe haben, wurde kein brauchbarer Beitrag zur Bewältigung dieser Misere geleistet (*Appl.*).

Abgesehen davon, dass allen Bewohnerinnen und Bewohnern pauschal und nicht einmal unterschwellig der Vorwurf gemacht wurde, dass sie SUV fahren, müssen die Beschwerden der dort lebenden Menschen endlich ernst genommen werden. Jedenfalls ist die lapidare Antwort in der Zeitung, dass ohnehin an einem Gesamtkonzept gearbeitet würde, eine schwache Ausrede, zumal sich in den angesprochenen Bezirken schon lange konkrete Maßnahmen, und ich habe sie hier beispielhaft angeführt, z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen, Geschwindigkeitsüberwachungen, auch heute schon von Frau Kollegin Potzinger angeführt, Tonnagebeschränkungen für den Schwerverkehr, abgesehen von örtlichen Baustellen, Gehsteigausbau, Verhinderung des Durchzugverkehrs, ich habe nur ein

paar Beispiele hier angeführt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, das ist ganz wichtig, und insbesondere des Fußgängerschutzes in Ausarbeitung befinden, diese aber nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen bzw., und das ist mir wichtig, mit der Bevölkerung diskutiert wurden. Und jetzt komme ich zur Begründung, wieso ich diesen Antrag als dringlich hier angeführt habe bzw. als dringend formuliert habe, quasi als Damoklesschwert hinsichtlich einer zusätzlichen Belastungsgefahr wird mit Sicherheit auch die Autobahnabfahrt Hart bei Graz zu sehen sein. Weiters wird in engen Gassen durch Falschparker und Zonenausweicher wird die Situation immer prekärer. Wir haben gerade jetzt wieder mit der Verkehrsplanung sehr ausführlich, sehr eloquent und durchaus fachlich über die Zonensituierung oder die Zonenevaluierung gesprochen. Außerdem, und das ist mir auch bekannt geworden, gibt es konkrete kostengünstige Vorschläge eines Busunternehmens, ich nenne den Namen nicht, für eine Taktverdichtung und einen Linienausbau der örtlichen Busverbindungen, also man könnte durchaus in diesem Bereich auch mit einem angepassten ÖV das eine oder andere Thema oder die eine oder andere Problematik bewältigen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Frau Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt, für die Bezirke St. Peter, Waltendorf und Ries ein Verkehrskonzept auszuarbeiten, welches die im Motivenbericht angesprochenen Probleme entschärft und überdies die bereits von den Bezirksräten artikulierten Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Fußgängerschutzes, das ist dort besonders wichtig, berücksichtigt bzw. mit angedachten Konzepten und zukünftigen Projekten (Autobahnabfahrt Hart bei Graz) in Einklang bringt.

Das Verkehrskonzept ist dem zuständigen Ausschuss für Verkehr bis längstens seiner Sitzung im Juni 2021, Frau Stadträtin, ich habe jetzt den März durch Juni ersetzt, zur Kenntnis und Beratung zu bringen. Ich denke aber, nachdem wir jetzt die Frist bis Juni erweitert haben, dass wir auf jeden Fall im Verkehrsausschuss die Zwischenberichte, ich nehme einmal an im Februar und im April, einfordern werden. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bereits seit mehreren Jahren sieht sich die Stadt Graz einer Problematik gegenüber, mit der viele stark wachsende Städte konfrontiert sind. Der damit verbundene steigende motorisierte Individualverkehr verlagert sich vermehrt auf alternative Routen, um Staus zu umgehen. Die öffentlichen Verkehrsmittel, die zwar ständig erweitert und auch attraktiver gestaltet wurden und werden sowie verstärkt errichtete Radwege und -routen können allerdings nur einen Teil der Mobilität sicherstellen. Tausende Pendler aus dem Umland und aus Graz sind nach wie vor auf ihr eigenes Auto angewiesen.

Im Falle von unvorhergesehenen Ereignissen, wie z.B. Unfällen, aber auch bei vorhersehbaren Beeinträchtigungen, wie Baustellen oder Blockaden, kommt es zu geradezu chaotischen Verhältnissen, die für alle Beteiligten untragbar sind. In den vergangenen Jahren war dies – wie von der ÖVP schon wiederholt aufgezeigt – laufend in den Bezirken St. Peter, Waltendorf und Ries (Messendorfberg, Petersbergen, Ruckerlberg usw.) der Fall, wo sich die Beschwerden von Bewohnern mehrten, weil immer mehr Autofahrer diese Strecken als Ausweichrouten für sich entdeckt haben, um Staus auf den Hauptverkehrsadern auszuweichen und/oder die Fahrzeit zu verkürzen. Bis zum heutigen Tag wurde die schon lange formulierte und immer wieder vorgebrachte Kritik der Anrainerinnen und Anrainer ignoriert, ebenso wie die Vorschläge der Bezirksräte zur Entlastung der betroffenen Siedlungsbereiche.

Aktuelles Beispiel ist das Verkehrschaos am Ruckerlberg, wo die Bewohnerinnen und Bewohner in den vergangenen Wochen – eigentlich schon seit mehreren Monaten und Jahren – einer wahren Verkehrslawine ausgesetzt waren und nach wie vor sind. Mit der Aussage in der Kleinen Zeitung vom 25. November 2020, man werde nicht den Schleichverkehr sperren, nur damit ein paar Einfamilienhaus- und SUV-Besitzer ihre Ruhe haben, wurde kein brauchbarer Beitrag zur Bewältigung dieser Misere geleistet. Abgesehen davon, dass allen Bewohnerinnen und Bewohnern pauschal und nicht einmal unterschwellig der Vorwurf gemacht wurde, dass sie SUV fahren, müssen die Beschwerden der dort lebenden Menschen endlich ernst genommen werden. Jedenfalls ist die lapidare Antwort in der Zeitung, dass ohnehin an einem Gesamtkonzept gearbeitet würde, eine schwache Ausrede, zumal sich in den angesprochenen Bezirken schon lange konkrete Maßnahmen (z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen und -überwachungen, Tonnagebeschränkungen für den Schwerverkehr abgesehen von örtlichen Baustellen, Gehsteigausbau, Verhinderung des Durchzugverkehrs etc.) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Fußgängerschutzes in Ausarbeitung befinden, diese aber nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen bzw. mit der Bevölkerung diskutiert wurden. Quasi als Damoklesschwert hinsichtlich einer zusätzlichen Belastungsgefahr wird mit Sicherheit auch die Autobahnabfahrt Hart bei Graz zu sehen sein. Weiters wird in manchen Gebieten die Grundstückausfahrt- und Parksituation insbesondere auch in engen Gassen durch Falschparker und Zonenausweicher immer prekärer. Außerdem gibt es konkrete kostengünstige Vorschläge eines Busunternehmens für eine Taktverdichtung und einen Linienausbau der örtlichen Busverbindungen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Frau Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt,

für die Bezirke St. Peter, Waltendorf und Ries ein Verkehrskonzept auszuarbeiten, welches die im Motivenbericht angesprochenen Probleme entschärft und überdies die bereits von den Bezirksräten artikulierten Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Fußgängerschutzes berücksichtigt bzw. mit angedachten Konzepten und zukünftigen Projekten in Einklang bringt.

Das Verkehrskonzept ist dem zuständigen Ausschuss für Verkehr bis längstens seiner Sitzung im Juni 2021 zur Kenntnis und Beratung zu bringen.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.28 Uhr).

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller, werte Gäste im Livestream. Keine Frage, die Verkehrsbelastung unter den Grazerinnen und Grazern ist enorm und aus diesem Grund werden wir von der SPÖ diesem Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen, wobei uns aber beim Inhalt ein Punkt fehlt und den werden wir mittels eines Zusatzantrages noch einbringen, denn dieses Problem betrifft ja nicht nur die Bezirke St. Peter, Waltendorf und Ries alleine, sondern ganz Graz. Sämtliche Außenbezirke werden ja buchstäblich vom Verkehr überrollt. Und an dieser Stelle möchte ich beispielhaft an die Kärntner Straße oder an die Probleme am Schwarzen Weg verweisen oder an den Bezirk Puntigam, der ja rasant wächst, wo es zukünftig einige große Bauprojekte geben wird und wo auch die ausreichende Infrastruktur leider fehlt. Und es ist nicht alleine damit abgetan, dass nur die Verkehrsplanung ein Verkehrskonzept entwickelt, wir brauchen hier einen ganzheitlichen Ansatz und nicht nur die Symptombekämpfung, die auf einer etwas verunglückten Stadtentwicklung fußt. Und zusätzlich haben wir auch noch eine Gesellschaft, und zwar die Holding, die MUM 2030, also Moderne Urbane Mobilität, ins Leben gerufen, die sich ja parallel zur

städtischen Verkehrsplanung mit kosten- und ressourcenintensiven Planungen von Gondeln und U-Bahn auseinandersetzt. Uns ist es aber wichtig, dass jetzt Stadtplanung und Stadtentwicklung mit der städtischen Verkehrsplanung Hand in Hand gehen und gemeinsam die weitere Entwicklung unserer Stadt in Angriff nehmen und daher stelle ich im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

Die für die Bereiche Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung ressortverantwortlichen Stadtregierungsmitglieder, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden beauftragt, in Abstimmung mit den jeweils betroffenen Bezirksvertretungen für alle Grazer Stadtbezirke sukzessive Verkehrskonzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, die Verkehrsbelastung in den jeweiligen Stadtbezirken und speziell jene in Wohnvierteln entscheidend zu reduzieren. Dem Verkehrsausschuss ist in jeder Sitzung über den aktuellen Stand der Dinge betreffend die Arbeiten mit den jeweiligen Bezirksvertretungen Bericht zu erstatten. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Antrages:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden

Zusatzantrag:

Einführung eines Punktes 2:

- 4. Die für die Bereiche Stadtplanung, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung ressortverantwortlichen Stadtregierungsmitglieder Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadträtin Elke Kahr werden beauftragt, in Abstimmung mit den jeweils betroffenen Bezirksvertretungen für alle Grazer Stadtbezirke*

sukzessive Verkehrskonzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, die Verkehrsbelastung in den jeweiligen Stadtbezirken und speziell jene in Wohnvierteln entscheidend zu reduzieren. Dem Verkehrsausschuss ist in jeder Sitzung über den aktuellen Stand der Dinge betreffend die Arbeiten mit den jeweiligen Bezirksvertretungen Bericht zu erstatten.

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrter Herr Antragsteller, lieber Kollege Topf. Ich kann mich meinem Vorredner gleich anschließen. Wir sehen die Lösung auch nicht dabei, punktuelle Veränderungen und punktuelle Lösungsansätze zu suchen, sondern man muss die Stadt als Ganzes betrachten und es kommen ja auch die Pendlerströme aus allen Richtungen daher, die auch einfach ein großes Problem darstellen. Deswegen möchte ich auch noch einmal auf den von uns vorgeschlagenen S-Bahn-Ring verweisen, dass man sich damit vielleicht auch einmal auseinandersetzen könnte, eben um die Pendlerströme einzudämmen und Graz wirklich auf eine sinnvolle Art und Weise an das regionale S-Bahn-Netz anzuschließen. Was ich schade finde, wir werden natürlich trotzdem zustimmen, weil wir auch sehen, dass diese Bezirke wirklich einfach Wohnbezirke sind, also Wohnbereiche, jetzt nicht die ganzen Bezirke, aber diese Bereiche, die du angeführt hast, halt wirklich in den letzten Jahren eine massive Verschlechterung der Lebensqualität einfach hinnehmen haben müssen. Was ich schade finde, ist aber schon, dass du halt diesen wirklich konkreten Lösungsansatz der Superblocks oder Kammern, wie auch immer man das jetzt nennen will, nicht drinnen hast, weil das für uns schon auch ein sehr interessantes Konzept wäre, sich das zu überlegen. Und was ich schon aber auch sagen muss, ist, ich finde es schon immer spannend zu beobachten, wie die ÖVP oder die FPÖ dann gegenüber der Verkehrsstadträtin Verkehrsmaßnahmen fordert, die den Autoverkehr verringern, nur wenn es dann wirklich dazu kommt, Maßnahmen umzusetzen und darüber abzustimmen und zu investieren, den Autoverkehr wirklich zurückzudrängen, dann könnt ihr euch nicht dazu einigen. Es ist eh schön zu sehen, dass es jetzt anscheinend einen Konsens gibt in

der Stadt, dass wir ein Problem mit dem Autoverkehr haben, nur müssen wir uns dann halt auch wirklich darauf einigen, konkret etwas dagegen zu machen und nicht nur darüber reden und fordern, und da seid ihr halt wirklich die größten Blockierer, das muss man auch dazusagen. Wir werden dem natürlich trotzdem zustimmen und danke für den Antrag (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Der Antrag, den die ÖVP hier gestellt hat, ist die Antwort auf die vorherrschende Verkehrsdebatte in den angesprochenen Bezirken St. Peter, Waltendorf und Ries. Die Grünen hatten ja bereits irrwitzige Vorschläge gemacht bereits in der Zeitung und heute durch die Kollegin Ussner. Sie wollen gleich generell den Verkehr in jetzt schon überlastete Straßen umlenken. Wie es diesen Anrainern in diesen Straßen und den in den Stau stehenden Autofahrern geht, das ist den Grünen bekanntlich egal. Zur Superblockidee: das ist diesen angeführten Bereichen nicht durchführbar, da sind Zweifamilien-, Einfamilien-Häuser, das mag in Barcelona funktionieren, die dort vier- bis fünfmal so viele Bewohner auf der vergleichbaren Fläche haben und ein viel höhere Baudichte in den Wohnbezirken. Es gibt dort auch eine U-Bahn, alles Voraussetzungen, die in Graz nicht vorherrschen. Die betroffenen Straßen, ja, sind öffentliche Straßen, die jeder benutzen kann und keine Privatstraßen. Man muss auch die Problematik des Umfelds sehen, es finden hier Zufahrten von Bediensteten, Patienten, Besuchern und Studenten zum Landeskrankenhaus, zur Medizinischen Universität statt, das muss man berücksichtigen. Auch der Opposition sollten man den Spiegel vorhalten, einerseits seid ihr gegen verdichteten Wohnbau, aber ihr wollt auch die Pendler aus dem Umland wegsperren, beides wird so nicht gelingen. Und, auch schon angesprochen, der Umgang der Frau Verkehrsstadträtin in dieser Sache war sicher nicht diplomatisch, wenn sie gleich alle Familien als SUV-Bonzen abstempelt, das ist wahrlich kein diplomatisches Verhalten. Die Kommentare in Online-Foren, es gibt ja sehr viele, und da sehen wir einen breiten Diskussionsbedarf, man muss eben den ganzen Bereich

betrachten und, wie im Antrag vorgeschlagen, Maßnahmen wie Überwachungen oder die ÖV-Angebote verstärken. Für uns Freiheitliche war wichtig, und das haben wir eingefordert, dass die Verbesserungsvorschläge im Ausschuss diskutiert werden und uns vorgestellt, damit wir hier auch noch Einfluss haben. Noch kurz zum Zusatzantrag der SPÖ, dieser geht dann wirklich zu ausschweifend, hat nur mehr wenig mit der Ursprungsidee zu tun, hier werden Bezirksratsagenden und Gemeinderatstätigkeiten vermischt und das würde sicher den Rahmen der Verkehrsausschüsse sprengen. Dem Ursprungsantrag werden wir zustimmen (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR HR DI **Topf:**

Ich möchte noch eingehen auf die Anträge, die hier eingebracht worden sind. Es geht mir bei diesem Antrag darum, dass wir ein konkretes Problem ansprechen, ein konkretes Problem, insbesondere, und das habe ich ausführlich hier dargestellt, insbesondere auf das zu erwartende UVP-Verfahren der Autobahnabfahrt Hart bei Graz, deshalb habe ich sozusagen diesen Bereich als dringlich zu behandeln herausgesucht. Weil das UVP-Verfahren muss natürlich die Situation auch dieses Bereiches, nämlich St. Peter, Waltendorf und Ries berücksichtigen, denn ich erwarte mir allenfalls Verkehrsströme, die zu einer zusätzlichen Belastung in diesem Bereich führen könnten. Wir wissen ja schon aus den Gazetten, dass Hart bei Graz schon Maßnahmen gesetzt hat in ihrem Gemeindebereich, um hier eine Mehrbelastung zu verhindern. Wir müssen deshalb, dringlich sozusagen, auch diese Überlegung miteinwenden und deshalb habe ich diesen Bereich jetzt abgesehen von anderen Verkehrsproblemen in der Stadt, die durchaus richtig angesprochen wurden von der Kollegin Ussner, z.B. Thal, aber auch die Herrgottwiesgasse, Puntigam und so weiter, sind ja durchaus auch Aspekte, die zu berücksichtigen sind, aber bewusst habe ich diesen Bereich unter dem Gesichtspunkt Autobahnfahrt Hart bei Graz sozusagen heute zu einer dringlichen Behandlung angeführt. Ich danke für die Zustimmung (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Danke vielmals. Ich habe das Handzeichen der Frau Stadträtin Kahr übersehen, deswegen darf ich Sie noch einmal um ihr Statement bitten.

StRⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, danke, dass Sie das noch ermöglichen. Tut mir leid, dass Sie das Handzeichen nicht gesehen haben, aber es liegt ja auf der Hand, dass ich mich hier zu Wort melden muss. Sehr geehrter Herr Gemeinderat Topf, und tut mir auch leid, dass ich jetzt zum Schluss rede und nicht, wie es sich gebührt, der Antragsteller, trotzdem ist es notwendig, ein paar Anmerkungen von meiner Seite und selbstverständlich auch von meiner Fraktion und vor allem auch, und das sage ich jetzt ganz speziell hier dazu, auch im Namen meiner Kollegen und Kolleginnen in der Verkehrsplanung dazu zu sagen, um hier vielleicht gleich zum Antragstest selbst zu kommen. Das ist für mich jetzt ungeachtet, wie man das ganze Thema sehen mag, ich persönlich das Hauptproblem sehe und es wundert mich, dass sich niemand hier der Anwesenden und vor allem auch nicht jene, die sich eigentlich schon sehr, sehr lange mit Verkehrspolitik beschäftigen und auch Zuständigkeiten in den letzten Jahrzehnten gehabt haben, und da meine ich auch vor allem dich, sehr geehrter Herr Gemeinderat Topf, du müsstest es besser wissen und du kannst, und ich, Sie können alle Fachexperten im Haus, aber fragen Sie auch externe Fachexperten. Sie werden niemals hören, dass Verkehrskonzepte für drei Bezirke oder für drei Bereiche, wie hier gemeint ist, von St. Peter, Ries und auch Waltendorf oder der Ruckerlberg, hier in drei Monaten vorgelegt werden kann. In der Regel dauert das eineinhalb bis zwei Jahre und wir haben gerade vorhin die Debatte gehabt um das Verkehrsberuhigungskonzept Lendplatz. Das hat in Summe, bis es auch alle Gremien, da rede ich gar nicht von der Beteiligung in der Bevölkerung, hat das zwei Jahre gedauert und das finde ich einfach unseriös, nicht sportlich, denn das ist unseriös, wenn man hier einen Antrag an letztendlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verkehrsplanung verlangt, dass sie hier Verkehrskonzepte für drei Bezirke bis März auf den Tisch legen. Im ersten Ding habe

ich gesagt bis Sommer, ich habe mit meinem Kollegen Rücksprache gehalten, das würde bedeuten, dass sie einen Großteil der jetzt, wo sie arbeiten an Projekten, niederlegen und hier geht es, Herr Gemeinderat Muhr, genau um Bezirke, die im Süden von Graz, im Westen von Graz liegen, liegen lassen und sich sozusagen hier neue Verkehrskonzepte anschauen, wenn wir davon reden, dass es um Maßnahmen geht, sprich das, was in den letzten Perioden durchaus mit der Wohnbevölkerung, außer in der letzten, durchaus schon besprochen wurde. Also es hat ja zwischen 2003 und 2008, zwischen 2008 und 2012 mit dem Schutzverein, mit der Wohnbevölkerung Diskussionen immer gegeben, auch Maßnahmenpakete und sogar Verkehrskonzepte, die sind zum Teil umgesetzt, zum Teil nicht, weil die Wohnbevölkerung diese Vorschläge so nicht wollte und das ist immer letztendlich um Verkehrsberuhigungsprojekte gegangen.

Einzelne Maßnahmen, mittelfristig, wie z.B., wenn du ein Busunternehmen kennst, wo dann auch die Zustimmung vom Finanzstadtrat kommt, das finanziert werden kann, gerne. Und wenn das rasch umsetzbar ist, ist ja logisch, und es wird auch die eine oder andere Maßnahme im kleineren Stil umzusetzen sein, aber das, was du hier verlangst mit Verkehrskonzept, definitiv im großen Stil, ist in diesem Zeitraum nicht schaffbar, das ist unseriös, das hier zu verlangen, das möchte ich nur sagen. Damit es nicht heißt, wenn die Verkehrsplanung das nicht vorlegen kann, das ist ein Versäumnis von der Verkehrsplanung oder geschweige denn auch von mir, weil ich bin nicht der Peitschentreiber meiner Ämter und im Gegenteil, wenn man das alles, was Sie heute hier fordern, bräuchten wir eine Verdreifachung des Personalstandes und das würde ja auch der zweitgrößten in Österreich auch zustehen (*Appl.*).

Und hier in diesen Gebieten von Verkehrslawinen, von Verkehrshöllen und so weiter zu reden, verzeihen Sie mir, dass ich das sage, das halte ich für überzogen. Hier mit einem Floriani-Prinzip zu agieren, zu sagen einfach, den Bezirk, den sperren wir jetzt komplett ab, egal was es kostet. Das ist aber auch ...

Zwischenruf GR HR DI Topf: Das habe ich nicht gesagt.

StRⁱⁿ **Kahr**:

Du hast das nicht gesagt, das stimmt, aber das ist in dieser ganzen Debatte auch miteingeflossen und genau das war die Fragestellung auch des Redakteurs, warum ich so geantwortet habe, ist übrigens verkürzt gesagt und glauben Sie mir, ich weiß ganz genau, dass auch Einfamilienhausbesitzer nicht nur begütert sind, die haben auch Jahre lang gespart, das ist klar. Aber es ist auch sehr, sehr viel Quell- und Zielverkehr selbstverständlich auch von diesen Bewohnerinnen und Bewohnern dort, das ist nicht nur der Einpendlerverkehr, das wissen Sie ganz genau, und noch einmal, wenn wir Maßnahmen treffen können, übrigens treffen wir uns morgen mit dem Schutzverein, nur zu Ihrer Information, wo wir genau das erörtern werden. Und eines möchte ich auch noch sagen, wenn wir von Verkehrsberuhigung sprechen und im gleichen Atemzug aber nicht die Alternativen für die Leute auch schaffen können und das hängt schon zusammen mit einer Stadtentwicklungspolitik und ich sage es noch einmal, die hat nicht meine Fraktion vorangetrieben, das ist schon irgendwie auch die Fraktion, der du angehörst, immerhin in 20 Jahren. Wir haben ein Wachstum, du schreibst hier in dem Antrag davon, dass die Stadt Graz wächst und wenn mehr Leute hinziehen und immer mehr nachverdichtet wird, natürlich wird mehr Verkehr kommen, und wenn wir im selben Atemzug mit dem ÖV-Ausbau, mit dem Radverkehr und mit den Gehsteigprogrammen nicht weiterkommen, weil teilweise die Politik sich nicht einig ist und teilweise das auch ressourcenmäßig nicht schaffbar ist, da darf man sich nicht wundern, dass die Leute diese Möglichkeiten zum Umsteigen nicht vorfinden und was werden sie dann machen? Sie werden natürlich teilweise beim Auto bleiben. Teilweise müssen sie es, teilweise ist es natürlich aber auch Bequemlichkeit und das fehlende Bewusstsein, weil nicht immer ist es so, dass ÖV und Radverkehr nicht vorhanden ist. Das möchte ich in dem Zusammenhang einfach auch sagen, weil es einfach sonst unseriös ist hier meinen Kollegen und Kolleginnen gegenüber. Und zum Letzten, wo ich dir vollkommen Recht gebe, das ist das Damoklesschwert, wie du es genannt hast, und das ist es auch, was die Autobahnabfahrt betrifft in Hart bei Graz, das habe nicht nur ich, sondern vor allem meine Abteilung sehr wohl im Blick und wir haben auch schon vor einiger Zeit Gespräche hier mit dem Land Steiermark aufgenommen, um

sicherzustellen, dass es eben für die dortige Wohnbevölkerung zu keiner Verschlechterung kommt. Weil das würde, diese Gefahr ist durchaus gegeben, Sie wissen, oder vielleicht nicht alle hier im Haus, die Hauptbetreiberin dieses Projektes ist die Firma Knapp, wobei in Bezug auf den von dort verursachten Schwer- und Pendelverkehr es auch nicht verkehrt ist und auch richtig ist, diese Autobahnanbindung zu machen. Aber dieser Vorteil bringt natürlich auch gleichzeitig die Gefahr mit sich, dass es hier tatsächlich zu einem Schleichverkehr kommt, aber das kann ich dir jetzt schon sagen und auch versprechen, darüber können wir auch informieren, das ist nicht das Problem, im Verkehrsausschuss. Dass es hier Alternativrouten für Einpendler im Grazer Osten über diese Gebiete nicht kommen kann, das werden wir gemeinsam mit dem Land Steiermark hier auch nicht nur im Auge, sondern auch hier die entsprechenden Maßnahmen treffen. Also noch einmal abschließend, Maßnahmen mit den BewohnerInnen können wir treffen, Verkehrskonzepte für die drei Gebiete sind in diesem Zeitraum, den du hier angesprochen hast, nicht möglich, deshalb können wir dem Antrag auch nicht zustimmen (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Frau Stadträtin, wir sind beim ersten dringlichen Antrag. Wir haben jetzt alleine wieder fünf Minuten überzogen bei der Rede. Der Herr Antragsteller hat auch darum gebeten, auch auf deine Wortmeldung noch einmal einzugehen, das sollten wir ihm aus zugestehen.

GR HR DI Topf:

Frau Stadträtin, es geht nur darum, dass wir hier einen Anstoß machen. Ich habe überhaupt nicht behauptet, dass hier die Verkehrsplanung oder du säumig wäret. Ich habe ganz klar formuliert, wieso ich glaube oder wieso wir glauben, dass es dringlich ist, dass man dort etwas macht. Das ist, glaube ich, durchaus legitim. Ich habe also

nicht gesagt, dass die Verkehrsplanung säumig wäre. Wir haben ja auch die Frist in Absprache auch mit deinem Klubobmann von März 2021 auf Juni 2021, damit man sozusagen schrittweise auch die Möglichkeit hat, in meinem Antrag steht nicht mehr März 2021, das war der erste Antrag oder die erste Formulierung, wir haben Juni 2021 hineingeschrieben, das ist ein halbes Jahr und da kann man schrittweise vielleicht die eine oder andere Maßnahme auch im Sinne der Straßenverkehrsordnung dort machen und das kann ein Teil des Verkehrskonzeptes sein. Also ich habe nicht gesagt, dass jetzt das letztgültige, intensiv abgesprochene und übereinstimmend abgestimmte Verkehrskonzept vorliegen muss, sondern es können durchaus hier einzelne Maßnahmen möglich sein, die auch im Sinne der Straßenverkehrsordnung punktuell hier angepasst werden können und das soll ein Teil des Verkehrskonzeptes sein (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Ich denke, dass durch die abschätzigen Bemerkungen über die dortige Bevölkerung auch dieser Antrag ausgelöst worden ist und ich freue mich ja auch, dass die Debatte jetzt Fahrt aufgenommen hat, weil selbstverständlich gibt es auch innerstädtischen Verkehr, aber das, worunter wir leiden, ist der enorme Pendelverkehr. Es wurden ja bisherige Überlegungen immer ins Reich der Luftschlösser gebracht, jetzt freue ich mich, dass viele Fraktionen durchaus sich auch schon auf die Ergebnisse der MUM-Studie freuen, das wird ja dann, so nehme ich an, irgendwann am Beginn des nächsten Jahres einmal vorgestellt werden und da gibt es ja schon viele Vorschläge, die wir auch alle berücksichtigen wollen, weil den Menschen vorzugaukeln, dass man in der einen oder andern Straße weniger Verkehr haben, geht nicht, aber Maßnahmen zu ergreifen ist, glaube ich, legitim.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Neos) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und SPÖ) abgelehnt.

**8.2 Wohnen gemeinsam wieder leistbar machen
(GR Manfred Eber, KPÖ)**

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. In diesem Antrag geht es um die Tatsache, dass Wohnen, auch in Graz, immer teurer wird und dass wir gemeinsam etwas dagegen machen sollten. Tatsache ist, kann jeder natürlich auch selbst beobachten, dass in Graz in den letzten Jahren sehr viel neuer Wohnraum geschaffen worden ist, zum Teil Eigentumswohnungen, zum Teil Mietwohnungen. Tatsache ist jedenfalls auch, dass ein großer Teil dieser Wohnungen für die Menschen in unserer Stadt zu teuer sind und darüber hinaus muss man auch noch bedenken, dass es zwar geförderten Wohnbau gibt, aber wenn diese Förderungen auslaufen, es zu Mietensprüngen kommt, die Wohnungen dann wieder verteuern und langfristig wird so also kein gesicherter leistbarer Wohnraum geschaffen. Von daher glaube ich, dass kein Weg daran vorbeiführt, dass man ein ganzes Bündel an Maßnahmen braucht, um beispielsweise auch zu mehr Gemeindewohnungen zu kommen. Die Grundstücksbevorratung für den kommunalen Wohnbau im letzten Flächenwidmungsplan und diverse Ankäufe von Grundstücken haben dazu geführt, dass auch in dieser Gemeinderatsperiode jetzt neue Gemeindewohnungen errichtet und übergeben werden konnten. Diese vorausschauende Politik beim Wohnen muss fortgesetzt werden, deshalb braucht es also hier noch mehr Maßnahmen. Und dabei ist es allerdings natürlich so, dass hier unterschiedlichste Ebenen auch gefragt und gefordert sind, beispielsweise, wenn wir davon sprechen, dass es klare Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen geben soll, dass es eine Abschaffung der Maklerprovision geben soll und ein Ende der Steuerbegünstigungen für Anlegerwohnungen, dann bedeutet das natürlich, dass hier zunächst einmal der Bund gefordert ist. Aber auch auf Landesebene meine ich, dass die Geschosswohnbauförderung überarbeitet werden soll, so ist es beispielsweise, aus meiner Sicht, erstrebenswert, wenn die Gemeinden ein Einweisungsrecht bekommen

für einen bestimmten Anteil an Wohnungen für geförderten Wohnraum. Dass das keine ganz utopische oder kommunistische Forderungen ist, zeigt meines Erachtens auch das Modell in Südtirol, das sogenannte Baulandbeschaffungsmodell, auch 60-40-Modell. Dort ist es so, wenn, vereinfacht ausgedrückt, wenn ein Projekt entstehen soll, dann muss die Gemeinde hier miteingebunden werden in der Art und Weise, dass die Gemeinde 60 % des dann zur Verfügung stehenden Wohnraumes selbst quasi ankaufen kann und das allerdings zu 50 % des Marktwertes, also das heißt, sie bezahlt nur die Hälfte des Marktwertes. Auf den rechtlichen 40 % des Baulandes kann dann der Grundeigentümer entweder selber privat bauen oder er kann den Grund entsprechenden dem Marktpreis verkaufen. Ganz aktuell sind heute ja auch die Zahlen des Verbraucherpreisindex veröffentlicht worden, auch hier ist es wieder so, dass Wohnen zu den Preistreibern eigentlich gehört. Wir haben im November eine Inflationsrate wiederum wie Oktober von 1,3 %. Beim sogenannten Mikrowarenkorb, also das heißt, da sind vor allem die Lebensmittel drinnen für den täglichen Einkauf, beläuft sich die Preissteigerung auf 3,3 %. Strom hingegen ist um 5,1 % und die Mieten gar um 5,6 % teuer geworden, also das heißt, wenn wir hier nicht gezielt entgegensteuern, dann laufen die Preise sozusagen noch weiter davon und es gibt immer weniger leistbaren oder halbwegs leistbaren Wohnraum. Ich bin ja, würde ich fast sagen, ein grenzenloser Optimist und ich bin ja fast überzeugt davon, dass natürlich in allen Fraktionen hier im Gemeinderat es den Wunsch gibt, Wohnraum für unsere Bevölkerung, für die Grazerinnen und Grazer leistbar zu machen bzw. zu halten und ich bin auch der Überzeugung, dass es in allen Parteien, in allen Fraktionen, Überlegungen dazu gibt, wie das machbar ist.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung:

Ich möchte dazusagen vielleicht vorher noch, in Absprache oder auf Anregung von der Frau Dr. Zwanzger hat es hier noch eine kleine Änderung im Text gegeben, aber sinngemäß geht es natürlich in die gleiche Richtung. Also, folgender

Antrag:

Vizebürgermeister Mario Eustacchio wird in seiner Eigenschaft als Wohnungsstadtrat ersucht, einen Runden Tisch oder ein vergleichbares analoges Arbeitsgremium mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wohnungsangelegenheiten einzuberufen. Ziel dieser Sitzung ist es, Maßnahmen im Sinne des Motivenberichtes zu beraten und gemeinsame Schritte für einen Umsetzungsfahrplan zu erarbeiten. Ich ersuche um Annahme. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Graz wird seit Jahren sehr viel neuer Wohnraum geschaffen, darunter sehr viele Eigentumswohnungen, aber auch viele Mietwohnungen. Der größte Teil davon ist aber für einen nicht geringen Teil der Bevölkerung zu teuer. Auch muss man bedenken, dass die Mieten bei gefördertem Neubau nach Ablauf der Förderung wieder teurer werden. Damit wird langfristig kein gesicherter leistbarer Wohnraum geschaffen.

Deshalb führt kein Weg daran vorbei, alle erdenklichen Maßnahmen zu setzen, um mehr Gemeindewohnungen zu schaffen. Die Grundstücksbevorratung für den kommunalen Wohnbau im letzten Flächenwidmungsplan sowie der Ankauf von Grundstücken hat dazu geführt, dass in dieser Gemeinderatsperiode neue Gemeindewohnungen errichtet werden konnten. Diese vorausschauende Politik beim Wohnen muss dringend fortgesetzt werden. Deshalb braucht es ein Bündel an Maßnahmen.

So ist es notwendig, entsprechende Flächen für den Gemeindewohnbau durch die Stadt Graz zu sichern, wie dies im letzten Flächenwidmungsplan teilweise ja bereits gut gelungen ist.

Auch der Bundesgesetzgeber muss dringend ersucht werden, in mehrererlei Hinsicht tätig zu werden: Klare Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen und ein Ende der Steuerbegünstigungen für Anlegerwohnungen sind nur einige der Hebel, die dringend in Bewegung gesetzt werden müssen.

Auch eine Überarbeitung der Geschosswohnbauförderung des Landes Steiermark muss auf die politische To-Do-Liste kommen: Erstrebenswert wäre, dass die Gemeinden für einen Teil geförderter Wohnungen das Einweisungsrecht erhalten. Dass dies keine utopische Vorstellung ist, beweist Südtirol schon seit Jahrzehnten mit dem Baulandbeschaffungsmodell – auch 60-40-Prozent-Modell genannt. Vereinfacht gesprochen sieht es Folgendes vor: Wenn die Gemeinde eine entsprechende Fläche zur Bebauung freigibt, gehen 60 % der Grundfläche in den Besitz der Gemeinde über – für nur die Hälfte des Marktwertes. Auf den restlichen 40 Prozent des ausgewiesenen Baulands kann der Grundeigentümer privat bauen oder den Grund zum Marktpreis verkaufen.

Ich bin überzeugt, dass es hier im Gemeinderat erstens den gemeinsamen Wunsch gibt, Wohnen für Grazerinnen und Grazer leistbar zu machen und zweitens, dass es in allen Parteien Überlegungen gibt, wie dies machbar ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Vizebürgermeister Eustacchio wird in seiner Eigenschaft als Wohnungsstadtrat ersucht, einen Runden Tisch oder ein vergleichbares analoges Arbeitsgremium mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wohnungsangelegenheiten einzuberufen. Ziel dieser Sitzung ist es, Maßnahmen im Sinne des Motivenberichtes zu beraten und gemeinsame Schritte für einen Umsetzungsfahrplan zu erarbeiten.

GR Mogel:

Liebe Zuseher, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Eber. Ja, es ist wichtig von Seiten der Stadt Graz, alles in ihren Möglichkeiten zu tun, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. Daher bedanke ich mich bei dir eigentlich richtig für die Gelegenheit aufzuzeigen, was wir alles unter der politischen Leitung von Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio möglich gemacht und umgesetzt haben. Das ist nur eine kurze Übersicht: Gemeinsam mit dem Eigenbetrieb Wohnen Graz und der Immobilienabteilung haben wir uns ausreichend Grundstücke und Vorbehaltsflächen für die nächsten Jahre gesichert. Erstmals wurden Integrationsstandards für Zuweisungsrichtlinien definiert, da sind wir Vorreiter in Österreich. Der Anteil der österreichischen Staatsbürger bei den Zuweisungen steigt stetig, de facto gibt es zurzeit keine Wartezeit auf eine Gemeindewohnung. Die Kautionsunterstützung wurde erhöht, sie wurde verdoppelt. Es haben Studenten Zugang zu Gemeindewohnungen, es wurden Starterwohnungen für junge Familien und Berufsanfänger bereitgestellt. Die Standards für Seniorenwohnungen wurden erhöht und werden auch weiterhin erhöht und, auch sehr wichtig, die Neubau- und Sanierungsoffensive wird auch im Jahr 2021 fortgesetzt. Was heißt das? Wir können für diese Periode nicht nur 500, wie versprochen, sondern um über 150 Wohnungen mehr, also 656 um genau zu sein, Wohnungen den Grazern kostengünstig mehr zur Verfügung stellen. Man sieht, dass wir alles tun ... *(Appl.)*

... was die kommunalen Möglichkeiten hergeben, um für die Grazer leistbaren Wohnraum zu schaffen und das ohne kommunistisch planwirtschaftliche Eingriffe. Vor vier Jahren wurde der letzte Bericht zum städtischen Wohnbau erstellt und seither alle Informationen zu Erweiterungen und Änderungen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt. Lieber Kollege, du siehst an all deinen Forderungen, so sie in die Zuständigkeit der Stadt fallen, wird gearbeitet *(Appl.)*.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Liebe Zuseherinnen, liebe Zuseher, geschätzte KollegInnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Stadtregierung, lieber Antragsteller, du hast ein wichtiges Thema aufgegriffen, ein wichtiges Thema: wir müssen Wohnen leistbar machen. Das beschäftigt uns nicht das erste Mal und ich möchte gerne ein paar Dinge wiederholen, die richtig sind. Du hast, lieber Antragsteller, in deinem Bemühen Gutes hervorgehoben, um Kritikpunkte zu beseitigen. Wir stimmen dir zu, Wohnen ist teuer, für viele zu teuer, viele Haushalte müssen zu viel von ihrem Einkommen für Wohnen ausgeben. Es wird zugebaut, es wird zubetoniert, es entstehen Straßenschluchten. Schlimmer noch, es greift Spekulation Platz – Anlegerwohnungen, Renditen treiben die Preise, auch das internationale Finanzkapital hat Graz längst schon entdeckt. Der geförderte Wohnbau steht in Graz an und zwar, weil die Kosten zu hoch sind, die Kosten lassen sich im Fördergebilde nicht abbilden und was ist in Graz noch? In Graz haben wir oftmals das Problem, dass die Zuständigkeiten unterschiedlich gestaltet sind und die Zusammenarbeiten zwar betont werden, aber nicht durchgeführt werden. Das sind Hemmnisse und die Hemmnisse müssen und sollen beseitigt werden, darin unterstützen wir dich, erlaube mir aber auch eine kritische Bemerkung. Ich habe in der letzten Gemeinderatsperiode genau das gemeinsame Reden darüber, auch gemeinsam mit euch und mit der ÖVP, in einem gemeinsamen dringlichen Antrag eingefordert, nämlich eine Task-Force einzurichten, um leistbares Wohnen einzusetzen, die Hürden und Schwierigkeiten auszuräumen, Möglichkeiten auszuloten, wie der kommunale Wohnbau weiter forciert werden kann. Es ist auch in eurer Verantwortung gewesen, das zu unterstützen und das umzusetzen und nicht auf andere zu warten. Ich hätte mir von der damaligen Wohnungsstadträtin, von deiner Fraktion, von Elke Kahr, schon erwartet, dass sie diesen Runden Tisch eingerichtet hätte, weil da könnten wir und hätten wir schon gesprochen darüber. Also, es ist eine langjährige Forderung von uns, ja, die Probleme gehören angesprochen. Eine Bemerkung noch zur FPÖ. Das ist eine große Latte, viele Themen sind angesprochen worden, bloß hier drinnen ist ein riesiges Problem, dass einfach einzelne Möglichkeiten hier vereinzelt dargestellt werden und ihr verkauft das als große, wohnungspolitische Lösung. Es löst die Probleme nicht, es

sind die Straßenschluchten da, es sind die Wohnungspreise zu hoch und selbst wenn du meinst, dass 656 Wohnungen eine Großleistung sind, dann muss man das bitte in der Relation der Stadt sehen. Wir verlieren Jahr für Jahr, wenn man den Gemeindewohnungsbau mit dem Gesamtwohnungsbestand anschaut, Jahr für Jahr an Anteilen und hier entstehen zusätzliche Schwierigkeiten, also es bedürfte eines Turbos darin und ein Turbo kann ich in der Zuständigkeit der FPÖ jetzt wirklich nicht erkennen. Lieber Antragsteller, dein Bemühen werden wir unterstützen, die Kritik hast du gehört. Dankeschön für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.05 Uhr).

GR Dreisiebner:

Geschätzte Stadtregierung, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren, die uns über den Livestream folgen. Ganz kurz darf ich bei Susanne Bauer anknüpfen. Das ist ein sehr blumenstraußartiger Motiventext, den der Manfred Eber hier verfasst hat, um das dann praktisch dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten zu überantworten. Es sind einige, wenige Punkte, die wir hier in der Stadt Graz selber regeln können, es sind landesgesetzliche, es sind steuergesetzgebende und bundesgesetzliche Wünsche mit drinnen, das darf man haben, das soll man auch aussprechen, dagegen verwehre ich mich nicht, aber ein Stück weit soll das auch schon hier erwähnt werden. Wichtiger ist mir, ein Stück weit auf den Kollegen Mogel einzugehen und dann zur Sicherheit auch noch den von uns geplanten Zusatzantrag einzubringen. Es ist aus meiner Sicht keinesfalls so, dass man sich auf einen Wohnungsbericht, der im Herbst 2016 erschienen ist, dauerhaft berufen kann. Alle ExpertInnen, mit denen man spricht, die in dem Bereich unterwegs sind, sagen, dass eine Stadt wie Graz mindestens alle fünf Jahre die sich dynamisch verändernde Situation, da wird es ja später dann auch noch Anträge zu dem ganzen Themenfeld geben, etwa den Antrag, einen umfassenden neuen Wohnungsbericht zu

machen von der Kollegen Wutte, dass wir das auch wieder neu anschauen müssen, wieder neu die Daten erheben müssen, Stichwort: Marktveränderung durch den Eintritt von Fonds, international agierenden Bauträgern oder das Phänomen der Anlegerwohnungen, nur um ein paar Punkte hier aufzugreifen, nebst vielem anderen, was schon erwähnt worden ist. Genügend Flächen sind vorhanden, es gab im letzten Flächenwidmungsplanprozess das Bemühen, und da sage ich auch herzlichen Dank an die Stadtplanung und an alle, die mitgestimmt haben, entsprechende Vorbehaltsflächen für den kommunalen Wohnbau zu sichern, aber ob das dann für immer genügt, also, lieber Kollege Mogel, bei der Dynamik, die wir in Graz haben, würde ich mir jetzt schon überlegen, wie ich denn möglichst schnell auch zu neuen Flächen komme und damit befasst sich auch mein Zusatzantrag. Schlussendlich, wir sind Vorreiter in Österreich, was das Integrationsregime bei den Gemeindewohnungen betrifft. Also Entschuldigung, eure Richtlinien, die ihr da mit der fünfjährigen Wartezeit macht, was hat das jetzt direkt mit Integration zu tun? Ihr legt einfach jedem Menschen, der von einem Außenbezirk, egal wo in der Steiermark oder in Österreich, oder auch aus dem Ausland zuziehend, egal wie der Hintergrund ist, legt ihr einfach einmal hin: Ihr dürft nicht in eine Gemeindewohnung und zwar fünf Jahre lang und man kann sich alles schönreden oder rechtreden, ihr redet es euch recht. Ich finde den Antrag vom Kollegen Eber unterstützenswert, würde noch schnell den Zusatzantrag hier formulieren. Ich glaube, dass wir entsprechend auch in der Stadtplanung dahingehend zuarbeiten sollte und deswegen sollte von der Abteilung für Stadtplanung auch ein entsprechender Informationsbericht an den Ausschuss für Stadtplanung ergehen, der dann natürlich auch dem Ausschuss für Wohnungsangelegenheiten zur Verfügung gestellt werden soll. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Zusatzantrages:

Des Weiteren werden Stadtplanungsreferent, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, der Ausschuss-Vorsitzende GR Peter Piffli-Percevic sowie die Abteilung für Stadtplanung

ersucht, dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung in einer seiner nächsten Sitzungen, aber noch im 1. Quartal 2021, einen schriftlichen Informationsbericht zu potenziellen neuen Flächen für die Ausweisung „Kommunaler Wohnbau“ als Diskussions- und Arbeitsunterlage vorzulegen. Mögliche Potenzialflächen für den Kommunalen Wohnbau mögen in Abstimmung mit dem Amt für Wohnungsangelegenheiten erhoben und einer ersten Bewertung unterzogen werden.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen. Nachdem sich jetzt die größte Fraktion nicht zu Wort gemeldet hat, bin ich mir nicht sicher, ob die Dringlichkeit angenommen wird, deswegen erlaube Sie mir ein paar Worte als Schlusswort. Zunächst einmal vielen Dank, Karl Dreisiebner und Susanne Bauer, für die Unterstützung dieses Antrages durch eure Fraktionen. Zum Mogel möchte ich auch noch einen kurzen Satz eigentlich nur sagen. Du hast völlig richtig natürlich gesagt, es ist gelungen, die Wartezeiten praktisch wegzubekommen, wenn jemand um eine Gemeindewohnung ansucht, aber ich frage mich natürlich, was ist denn der Preis dafür gewesen? Der Preis dafür ist gewesen, dass die Zugangsrichtlinien, also um überhaupt zu einer Gemeindewohnung kommen, wesentlich verschärft worden sind. Es sind sehr viele Menschen sozusagen von dieser Zugangsmöglichkeit ausgeschlossen worden und das bedeutet natürlich nicht, dass diese Menschen keinen Wohnungsbedarf haben, sondern im Gegenteil, das heißt einfach, dass diese Leute, die nicht unter die Richtlinien fallen, dass die sich auf dem privaten, freien Wohnungsmarkt, wie es so schön heißt, eine Wohnung suchen müssen, die halt dann wesentlich teurer ist und entsprechend haben sie dann auch ihre Probleme damit. Vielleicht noch einmal zur Klarstellung auch dieses Antrages, es geht natürlich darum, auf unterschiedlichsten Ebenen voranzukommen, nicht nur auf jener Ebene, wo wir wirklich zuständig sind als Kommune, sondern eben auch gemeinsam auch an das Land, an den Bund heranzutreten und da bin ich mir immer noch relativ sicher, dass es hier und dort Gemeinsamkeiten gibt, auf die wir uns verständigen könnten und das wäre natürlich

schön gewesen, wenn wir uns darauf heute mit diesem Antrag verständigen hätten können, um dann mit gemeinsamer Stimme aufzutreten. Danke trotzdem einmal für die Zustimmung jenen, die zustimmen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.3 Pfand als „Sicherheitsabgabe“ für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus einführen (GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Gestatten Sie mir zuerst eine für mich wichtige Berichtigung. Mir sind zwei Fehler passiert im dringlichen Antrag. Und zwar auf der ersten Seite steht der Begriff „Terminal Runways“, was nicht stimmen kann – „Thermal Runaway“ ist gemeint. Das Rechtschreibprogramm hat mir etwas anderes vorgeschlagen und ich habe es übersehen und auf der zweiten Seite muss es heißen „dieses Pfand“ und nicht „der Pfand“. Ich bitte vielmals um Pardon für die zwei Fehler. Werte Damen und Herren, für diesen Dringlichen, nämlich Pfand als „Sicherheitsabgabe“ für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus, gibt es leider einen sehr aktuellen Anlass, denn vergangenen Freitag, den 12.12., sind in Seeboden bei Millstatt in Kärnten 1.000 Lithium-Ionen-Akkus von E-Mopeds in Brand geraten, giftige Dämpfe waren die Folge und ein gefährlicher, langwieriger Einsatz für die Feuerwehr. Falsche Entsorgung ist ein relativ häufiger Grund für Brände, bereits in Müllwägen und in der Folge in Sortieranlagen und Lagern. Die Montanuniversität Leoben, nur dass wir eine ungefähre Vorstellung haben, spricht von 1,4 Mio. entsorgten Stück Lithiumbatterien pro Jahr. 55 %, also sozusagen jeder zweite, wird falsch entsorgt; besonders heuer, da Corona-bedingt im Frühjahr viele Sammelstellen geschlossen halten mussten, ist das Erreichen der EU-Sammelquoten somit keinesfalls gesichert. Besagte Akkus und Batterien befinden sich in zahllosen Geräten, wobei diese Akkus

und Batterien immer größer werden, teilweise in den Geräten verbaut sind, also es sind die Smartphones, die auch immer mehr verbaut verkauft werden, elektronische Spiele, Tablets, aber eben auch Gartengeräte und Haushaltsgeräte und wenn diese dann auch noch achtlos deponiert werden, dann besteht, logischerweise, Gefahr für Mensch und Natur. Beim Schreddern von Restmüll in den Sortieranlagen, aber auch schon beim Sammeln in den Müllwägen, wie schon gesagt, kommt es durch Hitze, Druck und durch Reaktion von Lithium und Wasser, wenn z.B. die Akkus mechanisch undicht geworden sind, zu Kurzschlüssen, welche dann besagte „Thermal Runaways“, also Kettenreaktionen, auslösen. Wir wissen es, Ende September 2019 es gab einen Vollbrand in Klagenfurt, in der Klagenfurter Abfallaufbereitungsanlage, es entstand eine tiefschwarze, giftige Rauchsäule, 70 Mann von der Feuerwehr waren im Einsatz, fast gleichzeitig 150 Feuerwehrleute in Villach aus den gleichen Gründen. Der Gemeinderat in Klagenfurt, und auch in Villach, beschloss, ein Pfandsystem als Sicherheitsabgabe einführen zu wollen. Es erging seitens Klagenfurt, Villach und seitens des Landes Kärnten in der Folge eine Petition zur bundesweiten Anpassung der Batterieverordnung an die Österreichische Bundesregierung und daher stelle auch ich im Sinne dringenden Umweltschutzes und des Schutzes für Leib und Leben, denken wir besonders an die Bediensteten der Müllbetriebe und der Feuerwehr, aber natürlich auch an AnwohnerInnen, hiermit seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus zu schaffen. Danke für die Aufmerksamkeit, ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bei der Entsorgung von Elektrogeräten, Batterien und Akkus fehlt leider immer noch das nötige Problembewusstsein. Dieser Umstand führt bedauerlicherweise regelmäßig zu Bränden in Müllwägen und Sortieranlagen. Dass es hier Handlungsbedarf gibt, wird niemand leugnen.

Die Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle rechnet vor, dass 15 kg Elektroaltgeräte sowie 0,3 kg Batterien pro Kopf und Jahr gesammelt werden, was auf den ersten Blick zufriedenstellend erscheinen mag. Die Montanuniversität Leoben spricht von jährlich 1,4 Millionen entsorgten Stück Lithium-Ionen-Akkus und Lithiumbatterien. Alarmierend: 55 % davon werden aber falsch entsorgt! Mehr als jeder zweite (!) Akku wird also unsachgemäß entsorgt. Da im Frühjahr Corona-bedingt viele Sammelstellen geschlossen halten mussten, wird das Erreichen der EU-Sammelquote immer schwieriger.

Bekannterweise finden sich besagte Batterien und Akkus in Smartphones, Tablets, Uhren und technischem Spielzeug, aber auch in zunehmend größerer Ausführung in Haushaltsgeräten, Werkzeugen und E-Bikes. Akkus mit solch hohen Kapazitäten werden durch achtloses Deponieren zu einer immer größeren Gefahr für Mensch und Natur. Bei der Entwicklung der Geräte wird leider deren falsche Entsorgung am Ende ihres Funktionszyklus oft nicht mitbedacht – auch das muss sich ändern!

Was weniger bekannt ist: Im Vorjahr ist es mehrfach zu Bränden in Müllsortieranlagen gekommen. Beim Schreddern von Restmüll kommt es bei Akkus und Batterien durch Hitze und Druck zu Kurzschlüssen, welche sogenannte Thermal Runaways (Kettenreaktionen) auslösen. Die Folge ist ein explosionsartiges Abbrennen der Akkus. So kam es Ende September 2019 zu einem Vollbrand in einer Klagenfurter Abfallaufbereitungsanlage. 70 Mann von der Feuerwehr waren im Einsatz. Die mächtige schwarze Rauchsäule war Objekt eines schrecklich-eindrucksvollen Videos.

Fast zur gleichen Zeit kämpften 150 Feuerwehrleute in Villach gegen einen Großbrand in einer Abfall-Umladestation.

Angesichts der beschriebenen Vorfälle beschloss der Gemeinderat in Klagenfurt (und zwei Wochen davor bereits der Villacher Gemeinderat) ein Pfandsystem. Dieses Pfand wird als „Sicherheitsabgabe“ eingehoben. Wenn sich das Produkt beim Einkauf um eben diesen Pfandpreis verteuert und dies entsprechend kommuniziert wird, darf davon ausgegangen werden, dass damit auch das Problembewusstsein solchen Artikeln gegenüber geschärft wird.

Im Übrigen haben sich die Städte Klagenfurt und Villach sowie das Land Kärnten diesbezüglich mit einer Petition zur bundesweiten Anpassung der Batterieverordnung an die Österreichische Bundesregierung gewandt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus zu schaffen.

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke, werte Gemeinderätin Heinrichs, das, was du ansprichst, ist wirklich ein großes Umweltproblem, wir sehen das auch so. Ich kann nur darauf hinweisen, dass die Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle, die hat dieses komplizierte Wort, sich schon mehrfach mit diesem Thema befasst hat, auch das Grazer Umweltamt, darauf möchte ich schon hinweisen. Es gibt immer wieder Kampagnen, sowohl was jetzt in der Öffentlichkeit passiert, nämlich über Facebook, über Plakate, auf Litfaßsäulen, in

Straßenbahnen, in Bussen, wir haben das immer wieder zum Thema gemacht, es ist wirklich ein Problem, dass es auch immer zu Bränden kommt und dadurch zu gefährlichen Dämpfen. Wir haben alleine in der Steiermark 108 Tonnen Batterien im Jahr, muss man bedenken, also das ist wirklich eine Summe, aber ich möchte darauf hinweisen, dass sowohl im Regierungsübereinkommen steht, dass ein Pfandsystem geprüft werden soll und dass auf EU-Ebene ein Vorschlag für eine Richtlinie in Ausarbeitung ist, das heißt, es ist zu hoffen, dass relativ bald kommt nämlich ein Pfandsystem auf diese Batterien und wir dadurch nicht nur weniger Brände haben, sondern unsere Umwelt dadurch besser schützen, aber insgesamt ist es natürlich ein unterstützenswerter Antrag (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregierung, werte ZuseherInnen, liebe Antragstellerin. Ja, das ist ein netter Antrag. Ein netter Antrag, das, was im Regierungsprogramm steht, zu fordern, aber auch ein Problem anzusprechen, das eigentlich schon sehr alt ist. Wir haben leider schon über drei Jahrzehnte Lithium-Ionen-Batterien. Wir haben nichts Besseres, es ist eigentlich ein Produktions-, Entsorgungs- und Umweltproblem und auch ein Problem, wenn es zum Brand, also zu einer unregelmäßigen Entsorgung, kommt. Aber selbst in der Entsorgung, wenn es ordnungsgemäß recycelt wird, wird nicht alles recycelt, der Rest bleibt über, nämlich ein erklecklicher Rest und wir haben auch das Problem, dass nicht sehr viele Anlagen existieren, die das recyceln können. Meines Wissens haben wir in Österreich eine, in Deutschland sind es sechs Anlagen, und die Lithium-Ionen-Batterien nehmen Überhand, keine Frage und ein Problem ist, es ist nicht nur in Kleingeräten drinnen, sondern, vor einiger Zeit habe ich ja sehr interessiert den Bericht verfolgt, dass ein Tesla gebrannt hat und das Problem war, dass er tagelang gekühlt werden musste, weil man nicht gewusst hat, wann fängt das Zeug wieder an zu brennen und das riesenproblem war, man hat nicht gewusst, wo die Batterie anfängt und wo die Batterie aufhört, das heißt wir haben grundsätzlich mit dieser Technologie ein

Riesenproblem und eigentlich wäre es notwendig, diese Technologie zu überwinden. Innovativ wäre es natürlich, wenn man vielleicht auch den Forschungsschwerpunkt hier verstärken kann und forcieren kann, damit wir dieses Problem überhaupt nicht haben, denn ein Pfand hilft uns nur bei der Sammlung, ein Pfand hilft uns nicht bei den Fakten, dass das Problem existiert und wenn es zu einem Brand kommt, das zu einem Mega-Problem wird. Also ein Pfand ist ein Weg, aber keine gesamte Lösung.
Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Dankeschön für die signalisierte Zustimmung von Grün und SP. Die Kollegin Susi Bauer hat mir jetzt sozusagen das Schlusswort vorweggenommen, weil ich wollte nichts anderes als das Gleiche sagen. Im Großen und Ganzen ist die Entwicklung sämtlicher E-Geräte, ob das jetzt die E-Fahrräder, die E-Mopeds aber auch die E-Autos sind und die großen E-Geräte, du hast es ja auch erwähnt, insofern ein Problem, weil man ja die Gewinnung der Rohstoffe und unter welchen Umständen das passiert, nicht mitbedenkt und letztlich natürlich auch nicht die Entsorgung bzw. die technischen Überlegungen, wenn dann, so wie du gesagt hast, hier Mords-Brände entstehen. Ich habe mit Feuerwehrleuten gesprochen, die haben folgendes Szenario vorgestellt: Wenn auf einer winternassen Fahrbahn in Zukunft eine Karambolage von E-Autos passiert, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was dort auf der Autobahn los ist und ob dann die Feuerwehr dort ohne weiteres hineingeht, also, das müssen ja todesmutige Leute sein. Das Problem ist immer dasselbe, kurz gesagt: Bis zum Verkauf ist alles geregelt, aber das Davor und das Danach, das bleibt mitunter im Grauen und im Gefährlichen. Danke für die Zustimmungen von einigen Fraktionen zumindest und für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**8.4 Extremismus bekämpfen – auch Graz kann mehr tun
(GR Mag. Armin Sippel, MPA, FPÖ)**

GR Mag. **Sippel:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren, die uns via Livestream verfolgen. Eingangs ein paar Worte zu dem gestern vorgelegten Anti-Terror-Paket der Bundesregierung. Zumindest gibt es seitens der zuständigen ÖVP-Ministerin Raab die Erkenntnis, dass der Islamismus aktuell die größte Bedrohung darstellt, da kann man ihr tatsächlich nur Recht geben. Der neue Straftatbestand gegen religiös motivierte extremistische Verbindungen geht allerdings nicht weit genug. Wir haben von Anfang an gesagt, es braucht ein Verbot des politischen Islams. Die Grünen haben sich durchgesetzt in der Bundesregierung, es ist nicht dazu gekommen. Dieser Kompromiss ist herausgekommen, die Grünen, die ja nach wie vor auch die Polizei entwaffnen wollen, es war wieder eine Aussage eines grünen Gemeinderates im Wiener Landtag, der gesagt hat: „Nicht alle Polizisten brauchen Waffen“ und das in dieser aktuellen Lage. Es hat aber heute auch ein Angebot vom ehemaligen Innenminister und Klubobmann Herbert Kickl gegeben, auch an die ÖVP, doch gemeinsam dieses Verbot gegen den politischen Islam zu beschließen. Ich hoffe, dass auch unser Koalitionspartner in Graz vielleicht noch beim Bundeskanzler einwirken kann, dass dieses für Österreich so wichtige Verbot auch beschlossen wird. Ich möchte aber auch noch auf einen Aspekt eingehen, was dieses Terror-Paket betrifft, ich zitiere es mit dem Chefredakteur des Falters, Florian Klenk, der gesagt hat, eine gefährliche Vorverlagerung der Strafbarkeit in die politische Arena wurde hier unternommen. Ich spreche an hier auch das Verbot der Symbole der Identitären Bewegung; eine rechte Gruppierung, die legal ist, da muss man nicht einer Meinung sein, ist völlig klar, aber wo nichts Strafrechtliches auch vorliegt und hier ist man herangegangen, auch diese Symbole zu verbieten. Noch einmal Florian Klenk, Chefredakteur des Falters, die Grünen und ich schließen hier auch die ÖVP auf Bundesebene darin ein, die Grünen sollten diesen Irrweg nicht beschreiten (*Appl.*).

Vielleicht kann man sich das auch zu Herzen nehmen. Es gibt ein Sprichwort, ich habe das ein bisschen abgeändert: Frage nicht, was Bund und Land in Sachen Terrorismusbekämpfung für die Stadt Graz machen können, sondern was können wir als Stadt Graz selbst in diesem Bereich auch unternehmen, wo können wir vor unserer eigenen Haustüre kehren? Und von diesem Motiv ist dieser dringliche Antrag von mir heute auch getragen. Bis dato war am Ende dieser Debatte dann immer eine Petition an den Bundesgesetzgeber oder auch an das Land, klar, weil dort die meisten Kompetenzen in dieser Frage liegen. Aber es gibt auch Möglichkeiten seitens der Stadt Graz selbst etwas gegen diese Entwicklungen, gegen Terrorismus, gegen solche Gedanken auch zu tun. Ich sage auch, es ist unerheblich, von welcher Seite extremistisches, terroristisches Gedankengut kommt, ob das von linker Seite ist, ob das von rechter Seite ist, ob das von religiös motivierter Seite ist, ob das von einer anderen Ideologie ist. Alles, was unsere Verfassung, unsere Verfassungsordnung untergräbt und unsere Grundfesten der Gesellschaft in Frage stellt, ist zu bekämpfen, keine Frage. Beispielsweise, wenn es darum geht, eine Trennung von Staat und Religion herbeizuführen. Aber es geht auch darum, den Blick auf das Wesentliche zu richten und ich glaube, gerade wenn man Graz hernimmt, dann wissen wir, was tatsächlich das Problem ist, das haben wir in den letzten Monaten leidvoll erfahren müssen, das ist der radikale, politische Islam. Wir haben die Übergriffe auf die Synagoge im Sommer erlebt, wir haben einen Übergriff auf eine Nonne in den Graz Linien erlebt. Wir haben jetzt im Rahmen der Operation Luxor erleben müssen, dass Graz ein Hotspot der Muslimbruderschaft ist, im Zuge dessen ist ja auch die Moschee in der Laubgasse in Augenschein genommen worden, im Übrigen eine Entwicklung, vor der wir schon vor acht Jahren gewarnt haben. In der Zwischenzeit waren die Grünen und auch rote Mandatare dort, sind dort ante portas gestanden mit dem roten Teppich, ein- und ausmarschiert, ob das die Justizministerin Zadic war, die Stadträtin Schwentner, die auch in der bosnischen Moschee in der Laubgasse vorstellig geworden ist. Wir haben vor dieser Entwicklung gewarnt und ich bin sehr, sehr gespannt, was auch in der Aufklärung dieser Operation Ramses herauskommen wird. Es gibt drei Punkte abschließend, ich werde jetzt den Antragstext nicht verlesen, wo wir etwas tun

können. Der erste ist der Subventions- und der Förderungsbereich. Es gibt eine Förderrichtlinie in dieser Stadt, aber es ist wichtig, da noch einmal besonders sensibel in dieser Frage zu sein, weil es immer sein kann, wenn es ein nicht so dichtes Netz gibt, dass dann Förderungen durchrutschen können mit Umgehungsstrukturen von Vereinen, dass dann doch extremistische Strukturen von öffentlichem Geld mitgefördert werden und das muss verhindert werden, noch einmal eine genauere Draufschau. Der zweite Punkt: da geht es um Personal und die Mitarbeiter in der Stadt Graz, dass man hier wirklich auch schaut, auch wenn sie schon in Beschäftigungsverhältnissen sind, dass es hier besonders in der sensiblen Infrastruktur keine Beschäftigungen gibt und der letzte Punkt, das ist eben eine zusätzliche und bessere Zusammenarbeit mit den Behörden. Vorbild wäre dieser Sonderausschuss gewesen, den wir gehabt haben mit Verfassungsschutz und der Polizei, wo wir Auskunft bekommen als Stadt Graz, wie die Lage in Graz tatsächlich ist. Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Es ist unerheblich, ob terroristisches Gedankengut von Links, Rechts, aus dem Glauben oder aus anderen Ideologien stammt. Alles, was unsere freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung untergräbt, dem muss von öffentlicher Seite entschieden entgegengetreten werden. In letzter Zeit war Graz vor allem mit dem radikalen Islam konfrontiert. Hier muss die „Politik der sanften Worte“ ein für alle Mal vorbei sein. Die meisten im Gemeinderat eingebrachten Initiativen, um solche Entwicklungen zu stoppen, waren an übergeordnete Verwaltungsebenen wie Bund oder Land gerichtet. Aber auch die Stadt Graz kann und muss in ihrem unmittelbaren Einflussbereich mehr tun.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Eine noch bessere Kontrolle der Förderungen und Subventionen der Stadt Graz ist sicherzustellen. Es muss ausgeschlossen werden, dass mit öffentlichen Geldern direkt oder indirekt extremistische Strukturen finanziert werden.*
- *Bei der Aufnahme von Personal im Haus Graz braucht es hinkünftig noch mehr Sensibilität, um verfassungsfeindliches, extremistisches und terroristisches Gedankengut bei Mitarbeitern ausschließen zu können. Das gilt ganz besonders im Bereich der kritischen Infrastruktur.*
- *Die Zusammenarbeit mit den Behörden ist zu verstärken. So sollen sich in Zukunft mindestens einmal im Jahr die inhaltlich betroffenen Ausschüsse gemeinsam zu diesem Thema beraten und dazu den Verfassungsschutz und die Polizei einladen.*

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die im Livestream dabei sind und sehr geehrter Herr Antragsteller. Ich muss ja zugeben, als ich den Antrag zum ersten Mal gesehen haben, war ich positiv überrascht, habe mir gedacht: Oh, der Motiventext wirkt ja noch einigermaßen ausgewogen, die FPÖ möchte einmal nicht ihre üblichen Feindbilder bedienen, spricht davon, dass wirklich alle extremistischen Strömungen zu bekämpfen sind. Das war so ein kurzer Moment, wo ich irgendwie auf einen sachlichen und rationalen Austausch mit euch gehofft habe, aber die Rede hat mir jetzt wieder gezeigt, dass das eigentlich nicht möglich ist und du immer wieder nur die gleichen Feindbilder bedienst. Erschrocken hat mich im Übrigen auch, dass du vorher gesagt hast, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, ob die Identitären als rechtsextrem zu bezeichnen sind. Die Identitären werden vom Verfassungsschutz schon seit Jahren als rechtsextrem bezeichnet und das Verbot Identitärer Symbole war lange, lange überfällig. Es ist aber auch bezeichnend, dass eure Partei sich ja vor einiger Zeit von den Identitären distanziert hat und diese etwas halbherzige Distanzierung wieder aufgehoben hat, also ich glaube, da brauchen wir

nicht viel mehr dazu sagen, aber die Blindheit in dem Bereich, die ihr hier habt, ist schon sehr, sehr erschreckend und das möchte ich an der Stelle noch einmal festhalten und das ist überhaupt nicht egal. Ich möchte mich aber sachlich mit dem Thema auseinandersetzen und ich verstehe ja auch den Zugang, dass man probiert, auf kommunalpolitischer Ebene Dinge zu tun, die den Extremismus bekämpfen, nur das sehe ich halt in dem vorliegenden Antrag wirklich überhaupt nicht. Der erste Punkt, dass wir als Stadt Graz keine extremistischen Vereine oder so fördern sollten, das ist doch selbstverständlich, das ist in unseren Förderrichtlinien festgehalten und ich hoffe auch, dass es dazu einen politischen Konsens in diesem Raum gibt. Beim zweiten Punkt, wo es darum geht, Aufnahme von Personal ins Haus Graz da genauer auf das Gedankengut dieser Menschen zu schauen, da habe ich mich schon gefragt, was das konkret eigentlich bedeuten soll. Was meinst du mit diesem Vorschlag? Soweit ich weiß, müssen alle Menschen ohnehin einen Strafregisterauszug vorlegen, also quasi einen Nachweis über die Unbescholtenheit, und wie sollte das Gedankengut von Menschen hier im Haus Graz überprüft werden? Was schwebt dir hier vor? Ist das eine Art Gesinnungspolizei, die die Leute auf ihre inneren Überzeugungen abklopft? Also das fände ich schon sehr, sehr bedenklich, wenn das in die Richtung geht und das wäre tatsächlich ein demokratiefeindlicher Vorschlag, das muss man an der Stelle schon nochmal ganz klar sagen. Ich finde es schade, dass man zum Thema Extremismus selten seriöse Vorschläge bekommt, weil ich glaube, es braucht eigentlich eine ganz, ganz hohe Sensibilität bei dem Thema. Also du hast öfter über radikale islamistische Strömungen geredet und das ist ja sehr, sehr zentral, was man da entgegenhalten kann, gleichzeitig aber die Stigmatisierung von ganzen Bevölkerungsgruppen verhindern kann, das ist eigentlich ein total schwieriges Thema. Eine weitere schwierige Frage bei dem Ganzen ist, wie man einerseits auf Prävention vor Radikalisierung setzen kann, aber trotzdem welche juristischen Instrumente man auch nachschärfen kann, ohne aber Grund- und Freiheitsrechte damit zu beschränken. Also ich finde, eigentlich ist das ein Thema, das schwierig ist und wo man einmal einen vernünftigen Austausch dazu haben sollte, aber das sehe ich leider in dem Antrag überhaupt nicht. Das ist eigentlich nur eine ganz, ganz plumpe und vorhersagbare

Reaktion auf den furchtbaren Terroranschlag am 2. November und deswegen werden wir weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. Auch als KPÖ werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt des vorliegenden Antrages unsere Zustimmung geben. Auch wie meine Vorrednerin hervorgehoben hat, sind also die angeführten Punkte, die als geeignete Maßnahmen gesehen werden aus Sicht der FPÖ, bezogen auf diesen Sachverhalt, aus unserer Sicht keine geeigneten Maßnahmen. Kontrolle an Förderungen und Subventionen der Stadt Graz ist ein wichtiger Punkt, aber es obliegt dem Stadtsenat, und wir gehen davon aus, dass hier rechtmäßig mit diesem Bereich umgegangen wird, das auch ganz korrekt abgehandelt wird und das Gleiche gilt auch, dass eine Zusammenarbeit der Behörden, z.B. mit Polizei und Verfassungsschutz, durchaus gegeben ist. Und bezüglich der Aufnahme von Personal im Haus Graz liegt die Verantwortung in vielen Händen, aber insbesondere beim Personalamt und ich würde es nicht wagen, hier etwas einzufordern, was aus unserer Sicht eine durchaus übliche Praxis ist im Umgang mit Bewerbungen. Dass man sich hier ein Bild macht und hier jetzt mehr Sensibilität zu fordern, ist auch meiner Sicht einfach unnötig. Wo man sehr wohl auch auf regionaler Ebene etwas tun kann oder was verändern kann, ist aus meiner Sicht, dass man bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen soll oder noch mehr setzen soll, die sich aber konkret gegen Rechtsextremismus und Rassismus, gegen Antisemitismus, gegen Muslimfeindlichkeit und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten. Also dass man hier mehr an Maßnahmen setzen kann und zur Bewusstseinsbildung beiträgt, hat für mich einen Stellenwert und es gibt viele Einrichtungen in Graz, die sich also mit diesen Sachverhalten beschäftigen, die ganz konkrete Arbeit leisten und die durchaus auch für ihre Arbeit mehr finanzielle Unterstützung brauchen. Also aus unserer Sicht lehnen wir diesen Antrag in der Form ganz konkret auch ab (*Appl.*).

GR Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream, lieber Antragsteller, lieber Armin. Ja, auch mir ist es so gegangen, ich habe mir den Antrag angesehen und dachte mir: Ja, ein guter Ansatz, Extremismus bekämpfen – auch Graz kann mehr tun. Denn auch wir haben als Sozialdemokratie den Zugang, jegliche Form des Extremismus ist abzulehnen. Wir haben das ja auch dokumentiert in der damaligen Erklärung, der Erklärung gegen Antisemitismus, im Gemeinderat im Herbst vorigen Jahres. Ja, das war auch der Fall, wir haben das auch so oder bzw. die Einleitung habe ich auch so wahrgenommen, ich habe ihn wirklich grundsätzlich als Einleitungstext seriös angesehen, habe mir aber dann die Punkte im Genaueren angesehen. Und dann hinkt es doch ein wenig und auch die Ausführungen, die du hier wörtlich jetzt getätigt hast, da bin ich mir nicht mehr sicher, ob du nicht Machiavelli jetzt selbst ein bisschen ins Spiel gebracht hast oder bzw. selbst ein bisschen mitgenommen hast bei deinen Reden. Bedenklich wird es dann, wenn man die Punkte einzeln liest, nämlich was heißt, bessere Kontrolle der Förderungen und Subventionen der Stadt Graz sicherzustellen? Wir haben eine klare Förderrichtlinie. Wir haben klare Vorgaben der Kontrolle der Förderungen und der Subventionen der Stadt sicherzustellen und ich habe durchaus Vertrauen in diese Subventionsordnung und auch ein Vertrauen an die städtischen MitarbeiterInnen. Denn ich hoffe nicht, dass es die Regel ist, dass wir hier mit öffentlichen Geldern direkt oder indirekt extremistische Strukturen finanzieren und sollte es doch dort oder da auftauchen, wir haben ja schon Fälle in der Vergangenheit auch gehabt, dann ist das natürlich sofort revidiert bzw. eingestellt worden, hier gibt es ja schon Beispiele dafür. Also das heißt, eine gute Subventionsordnung, ein transparentes Subventionswesen und das unter öffentlicher Kontrolle, Stichwort: Kontrollausschuss, steht doch als Garantin dafür, dass wir diesen Punkt, glaube ich, so einmal nicht sehen müssen. Was Personalaufnahmen betrifft, habe ich mich schon ein bisschen gewundert über den Vorstoß eurer Fraktion, denn letztendlich ist euer eigener Chef de facto Personalstadtrat und das seit knapp einer Periode, wir gehen jetzt ja schon ins Ende

der Periode und da gehe ich nicht davon aus, dass ihr eurem eigenen Chef nicht vertraut, dass hier die Personalaufnahmen nicht entsprechend getroffen werden, die Stellenbesetzungen nicht gemäß den Objektivierungsrichtlinien erfolgen. Aber das habt ihr ja auch selber gemacht, weil ihr habt die Objektivierungsrichtlinien, die grundsätzlich genau dafür da sind, sicherzustellen, dass derartige Strömungen natürlich auch verhindert werden, die habt ihr ja selbst ausgehoben bzw. abgeschafft und umgeändert und in Postenbesetzungsrichtlinien geändert. Also, dann frage ich mich schon, da habt ihr euch jetzt ein bisschen selbst, sprichwörtlich, „ins Knie geschossen“, also die Sensibilität bei Personalaufnahmen, nehme ich schon an, dass die hier auch gegeben ist. Und was die Kontakte mit anderen Behörden, Verfassungsschutz, Polizei, etc. betrifft, hier einen Sonderausschuss einzurichten, ob das das passende Gremium ist, wage ich angesichts der Komplexität der Themenstellung und der Vielfalt der Themenstellung auch zu bezweifeln. Also was ich mir hier persönlich eher wünschen würde, wäre im Bedarfsfall Informationen durch den Bürgermeister, durch den Stadtsenat, durch die Stadtregierungsmitglieder an letztendlich die Klubvertreterinnen und -vertreter. Also meiner Meinung nach würde das hier reichen und da brauche ich nicht einen eigenen Sonderausschuss. Daher werden wir diesen Antrag in dieser Form inhaltlich ablehnen (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Nur ganz kurz einmal danke für die konstruktive Debatte, für die unterschiedlichen Beiträge zu dieser Thematik. Ich glaube, wer uns kennt als FPÖ, wer mich kennt, der weiß, dass wir die Dinge gerne beim Namen nennen, die echten Problem, auch bezeichnen. Ich bin hier bei der Ministerin Raab, die gesagt hat, das echte Problem aktuell im extremistischen Bereich ist der Islamismus, das schließt ja nicht aus, dass es nicht andere Probleme auch gibt und dass man die bekämpft. Aber ich glaube, man muss auch hier die Dinge beim Namen nennen und was diese drei Punkte betrifft, das ist schon richtig und das habe ich ja auch gesagt, dass es hier schon Regelungen, Richtlinien, etc. gibt, aber es ist so ein sensibler Bereich, dass man hier, glaube ich, ein

noch dichteres Netz auch spannen muss und es gibt immer wieder die Fälle, dass hier dann doch etwas durchrutscht und auf das wollte ich aufmerksam machen. Man nehme beispielsweise her den Verein SOMM, was uns hier passiert ist und sowas muss auch präventiv verhindert werden in Zukunft, dass solche Vereine öffentliches Geld beziehen. Und auch wenn es Gott sei Dank nicht oft vorkommt, auch im Personalbericht, wo eben beispielsweise natürlich der Personalstadtrat, wenn es um die Tochtergesellschaften geht, jetzt keinen direkten Einfluss hat, da muss man trotzdem, wenn es vor allem um sensible Bereiche geht, noch einmal genauer hinschauen, auch da gibt es Fälle, dass der eine oder andere dann in sensiblen Bereichen, der durchaus auch eine gewisse Aktivität im Social-Media-Bereich hat und so weiter entwickelt, dann dort tätig ist, wenn es um die Einsicht bei Gebäudeplänen geht, wenn es um die Energieversorgung etc. geht. Und da muss man halt einfach noch einmal über diese Regelungen, die wir eh schon haben, noch einmal genauer hinschauen und um das geht es in meinem Antrag, dass wir uns einfach bewusstmachen, wie sensibel das ist und wo es vielleicht Stellschrauben gibt, wo man noch optimieren kann, nicht mehr und nicht weniger und ich glaube, es ist gut, im Zuge der Diskussion, die wir jetzt wieder seit einigen Wochen führen, dass wir uns auch einmal hinterfragen, was können wir in unserer Stadt, was können wir in unserem eigenen Wirkungsbereich tatsächlich auch machen, um hier diesen Extremismus wirksam zu bekämpfen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

GR Dr. Piffil-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja, es ist doch schon eine späte Stunde, aber ein sehr wichtiges Thema. Der Staat und seine Organe können ihre Funktion nur dann gewährleisten, wenn sie die Sicherheit ihrer Bürger auch tatsächlich effektiv schützen. Wenn es ihnen nicht gelingt, dann hat der Staat,

nach der Staatslehre, ja überall festgeschrieben in der ersten Zeile zu lesen, seine Rechtfertigung verloren. Wir leben in einem liberalen, freiheitlichen Rechtsstaat und sind bedingungslos unseren Grundrechten verpflichtet. Jeder Mensch, wir haben gerade den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember gefeiert, besitzt die, berühmter Ausdruck, unveräußerlichen Menschenrechte. Auch keinem Gefangenen, auch keinem Straftäter, keinem Bürger anderer Rasse, anderer Religion etc. können diese Rechte abgesprochen werden und hier ist die Problemstellung der wir uns stellen müssen. Auch im Kampf gegen diejenigen Staatsverweigerer und Extremisten und Terroristen, die genau den Staat, diesen Rechtsstaat ablehnen und ihn sogar mit Waffengewalt und unter Verletzung von Menschen, unter Tötung von Menschen, beseitigen wollen, dürfen wir nur mit den Mitteln begegnen, die rechtskonform sind. Das ist eine Herausforderung jetzt nicht nur für die Rechtsgelehrten, insbesondere für alle, die in der Justiz tätig sind oder in der Exekutive, und selbstverständlich haben uns die Ereignisse von Wien, auch von Graz, Armin, du hast sie genannt, aber auch der Waffenfund der letzten Tage, der Neonazis, wie es in den Medien genannt wurde, gezeigt, dass hier Handlungsbedarf ist, dass wir hier als Staat, und wir sind auch als Gemeinde Teil dieses Staates, nicht nur Bund und Land, sondern auch die Gemeinde, gefordert sind, ein bisschen gestresst sind, möchte ich sagen und es ist daher notwendig, auch neue gesetzeskonforme Wege zu gehen. Das Anti-Terror-Paket macht es sichtbar, wir müssen auch bei unserer Verwaltung, wo immer wir es können, und dieser Antrag richtet sich jetzt nicht an die Übergeordneten, sondern was können wir tun: genauer hinschauen, das ist keine Frage. Das eine Problem allerdings ist, dass im Unterschied zur Gemeinde der Bund und die Landesregierung auch mit ihren Sicherheitsorganen praktisch einen Erfahrungsaustausch und auch eine Befragung und eine Auskunftspflicht haben diesen Organen gegenüber. Wir auf kommunaler Ebene, das ist in unserem Staat so verfasst, haben das nicht. Wir müssen daher, ich sage es jetzt einmal, eine Charmeoffensive gegenüber unseren Sicherheitsverantwortlichen jedes Mal, wenn wir ihnen begegnen, durchführen und sie nicht jetzt zur Gesetzesverletzung verleiten, aber doch praktisch ja, wir dürfen sie fragen, was können wir tun, ohne dass sie die Details ausplaudern dürfen. Sie sehen, eine wirklich

schwierige Situation. Wir stimmen daher dem Punkt 1 zu, das ist eine Hausaufgabe von uns, auch dem Punkt 3, beim Punkt 2 gibt es ein Für und Wider. Die Gesinnung zu erfragen, ist zum Teil auch unmöglich und die ist auch nicht strafbar. Strafbar ist das Handeln und das ist ein undemokratisches, ein strafrechtswidriges, ein menschenrechtswidriges Handeln, dem wir begegnen müssen. Ich ersuche daher um getrennte Abstimmung der Punkte, zwei von ihnen stimmen wir zu (*Appl.*).

Der 1. Punkt des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Der 2. Punkt des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der 3. Punkt des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz (17.49 Uhr).

**8.5 Ungebremste Fehlentwicklung? Warum wir dringend einen neuen, umfassenden Wohnungsbericht brauchen
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne und GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Ich komme zu einem aktuellen und drängenden Thema. Ich weiß, es ist schon recht spät, aber ich würde mich trotzdem freuen, wenn ihr mir nochmal eure Aufmerksamkeit schenkt, weil wir hatten das Thema leistbares Wohnen heute eh schon einmal durch einen Dringlichen von der KPÖ da und ich möchte das Thema jetzt auch noch einmal ansprechen, aber vielleicht von einer etwas anderen Seite, weil vieles, was ihr von der

KPÖ genannt habt, sind ganz, ganz wichtige Forderungen, die wir teilen, die aber eben viel auf Bundes- oder auf Landesebene umsetzbar wäre. Und mein Zugang wäre halt auch, was die Stadt jetzt in dem Moment konkret tun kann, um wieder mehr leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und ich glaube, Teil der Antwort ist, auch wieder besseren Überblick zu gewinnen über den Wohnungsmarkt und das Baugeschehen in der Stadt, weil ich denke, ihr alle werdet auch von Bürgerinnen und Bürgern auf das angesprochen, dass einfach wahnsinnig viel in der Stadt gebaut wird, manche nennen das „Bauboom“, andere sagen eher schon „Bauwut“ dazu, aber es beschäftigt jedenfalls alle Menschen; und was auch feststeht ist, dass trotz dieser ganz, ganz massiven Wohnbautätigkeit die Mieten nicht niedriger wurden, ganz im Gegenteil. In den letzten 10 Jahren sind die Hauptmieten mit 32 % in der Steiermark gestiegen, um Etliches höher als der Lohn, und was am Ende des Tages dann natürlich passiert, ist, dass den Menschen immer weniger zum Leben bleibt, weil sie einen Großteil ihres Einkommens für die Miete schon verwenden müssen. Wir haben dann mit verschiedenen ExpertInnen geredet und es ist echt interessant, wie wenig gesichertes Wissen eigentlich es über die Bau- und Wohnsituation in Graz gibt. Was aber wirklich Etliche sagen, ist, dass das, was jetzt an Wohnungen gebaut wird, den Zuwachs an Haushalten doch deutlich übersteigt, also da gibt es z.B. die Zahl von 2019, da sind 5.851 Wohneinheiten entstanden, die Stadt ist aber um 3.083 Personen gewachsen und es wohnt jetzt auch nicht eine Person in einem Haushalt, sondern eben mehr, also es ist schon eine deutliche Diskrepanz. Was passiert mit all diesen Wohnungen? Werden die als Anlageobjekte gekauft und bleiben dann leerstehend? Wir haben in Graz nach wie vor keine Leerstandserhebung, aber die Daten, die wir aus anderen Städten haben, die eben Leerstandserhebungen gemacht haben, legen das nahe, dass das in Graz eben auch mittlerweile ein massives Problem sein könnte. Es ist eigentlich ein ziemlich komplexes Thema, manche meinen auch, dass man vielleicht in den nächsten Jahren doch einen preisregulierenden Effekt wieder sehen wird durch die massive Wohnbautätigkeit. Zwei weitere problematische Entwicklungen: Dadurch, dass eben immer mehr für Anleger, Anlegerinnen gebaut wird, entstehen auch immer kleinere Wohnungen, weil für den Anleger ist es natürlich interessanter, eine kleine

Wohnung zu kaufen, weil es ein besseres PreisLeistungsverhältnis ist, also man muss weniger Geld reingeben, kann es zu einem höheren Mietpreis pro Quadratmeter vermieten, aber sind das wirklich die Wohnungen, die die Grazer Bevölkerung braucht? Decken die den Wohnbedarf der Grazerinnen und Grazer ab? Vermutlich nicht, weil wir brauchen nicht diese Menge an Kleinstwohnungen und Mikrowohnungen und da entstehen auch ganz viele soziale Probleme dadurch, weil in kleinen Wohnungen leben Menschen meistens nicht ihr Leben lang, weil sie eben z.B. eine Familie gründen, sich ihre Lebensumstände ändern, das heißt, man hat ganz, ganz hohe Fluktuation in diesen Neubaugebieten mit den Kleinstwohnungen, es entsteht keine soziale Identität in den Bezirken, es entsteht keine Nachbarschaft und so weiter und man produziert halt auch den Effekt, dass ganz viele Familien in den Speckgürtel von Graz ziehen, weil sie überhaupt nicht ausreichend große Wohnungen und auch keine leistbaren Wohnungen in der Stadt mehr finden. Die pendeln dann wieder in die Stadt hinein und dann sind wir wieder bei dem Verkehrsproblem, das wir heute auch schon hatten und etwas, was wirklich auch alle ExpertInnen bestätigen und was uns hellhörig machen sollte: die letzten Jahre drängen große internationale Fonds und institutionelle Anleger auf den Grazer Wohnungsmarkt. Also z.B. im Immobilien-Magazin „online“ habe ich die Zahl gefunden, dass 2019 250 Mio. Euro in den Wohnungsmarkt investiert wurden und davon sind 51 % von deutschen institutionellen Investoren getätigt worden, also muss ich mir überlegen, welche Geldmengen hier bewegt werden und wer da letztendlich in Graz ganz massiv einsteigt und wollen wir diese Entwicklung weiter ungebremst zulassen oder passiert vor unseren Augen ein Ausverkauf unserer Stadt, wenn man es provokant formuliert? Unserer Meinung nach wäre ein erster, ganz wichtiger Schritt, um die Wohnungsentwicklung in Graz wieder in die richtige Richtung zu lenken, nämlich, dass Wohnungen entstehen, die den Bedürfnissen der Menschen, die hier leben, entsprechen und nicht die den Bedürfnissen der Investoren, dass man einmal, einen umfassenden Wohnungsbericht erstellt, wo man überhaupt einmal, die Situation, so wie sie jetzt ist, analysiert. Auch weitere andere wichtige Maßnahmen, aber das ist eben das, was ich heute beantrage und wir haben hier von Seiten des Statistikreferates der Stadt einige ganz gute Zahlen, die wir in diesen Bericht einfließen

lassen könnte. Also einerseits müsste man Wanderungsbewegungen zwischen den Bezirken erheben, auch nach Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, je mehr hier einfließt, desto besser, weil da würde man z.B. eine Prognose erstellen können, wie sich verschiedene Bezirke entwickeln und was hier für ein Bedarf an Wohnungen entsteht. Weiters wäre aber eben ganz wichtig, eine Übersicht über die Wohnungsgröße zu bekommen und wer in dieser Stadt welche Wohnungen baut. Weil eben, was wir auch als Information bekommen haben, ganz oft werden Neubauprojekte, noch bevor sie überhaupt realisiert werden, quasi von einem Fonds zum nächsten verkauft und eigentlich blickt hier niemand mehr durch, wer die Wohnungen in der Stadt baut, zu welchem Zweck und was dann damit passiert. Ich glaube, das ist ein wirklich wichtiges Anliegen, dem wir uns eigentlich gemeinsam widmen sollten und deswegen bringen ich den

dringlichen Antrag

ein;

dass Bürgermeister Siegfried Nagl als für die Stadtplanung zuständiges Stadtregierungsmitglied und der Vizebürgermeister Mario Eustacchio als für Wohnen zuständiges Stadtsenatsmitglied ersucht werden, einen umfassenden Grazer Wohnungsbericht, wie ich eben gerade dargestellt habe, zu prüfen und bis Januar 2021 einen konkreten Vorschlag im Gemeinderat einzubringen, wie das ablaufen soll. Ich bitte um eure Zustimmung. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die von manchen euphemistisch „Bauboom“, von anderen kritischer „Bauwut“ genannte Entwicklung der letzten Jahre prägt das Grazer Stadtbild und löst bei vielen BürgerInnen Unbehagen aus. Der Kritik an der starken Bautätigkeit wird zumeist entgegengehalten, dass durch das steigende Angebot auch der Preis reguliert werde.

Doch trotz der vielen neu gebauten Wohnungen sind die Hauptmieten in der Steiermark in den letzten zehn Jahren um 32 % gestiegen. Leistbarer Wohnraum ist nach wie vor Mangelware.

Zunehmend drängt sich die Frage auf, ob die Menge an neu gebauten Wohnungen tatsächlich benötigt wird. Hierzu gibt es unterschiedliche Einschätzungen: Bereits im Oktober bestätigte Gerald Gollenz, Immobilien-Fachgruppenobmann, gegenüber der Kleinen Zeitung, dass auch in der Steiermark das Angebot von Bauträger-Wohneinheiten die prognostizierte Haushaltsentwicklung deutlich übersteige. Stellt man den Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre und die Menge an neu gebauten Wohneinheiten gegenüber, zeigt sich jedenfalls eine deutliche Diskrepanz: Während mit Stichtag 1.1.2020 die Grazer Bevölkerung im vergangenen Jahr um 3.083 Personen gewachsen war, entstanden in der gleichen Zeit 5.851 neue Wohneinheiten. Manche ExpertInnen warnen deswegen, dass unzählige Wohnungen als reine Anlageobjekte gebaut und dann dem Leerstand preisgegeben würden.

Andere gehen hingegen davon aus, dass es durch die enorme Bautätigkeit zeitverzögert zu einem preisregulierenden Effekt sowohl auf Miet- als auch auf Kaufpreise kommen sollte. Gerade bei Zweitvermietungen in schlechten Lagen mit hoher Lärmbelastung und schlechter Infrastruktur werden bereits jetzt Mieten reduziert. Trotz dieses zu erwartenden Effektes warnen aber auch diese ExpertInnen vor einer in den letzten Jahren entstandenen Leerstandsproblematik.

Unklar ist auch, ob und in welchem Ausmaß KäuferInnen sogenannter „Anlagewohnungen“ diese dann tatsächlich leer stehen lassen. Gehen diese Personen von einer sicheren Geldanlage und zu erwartenden Preissteigerung der nächsten Jahre aus und „sparen“ sich deswegen die „Unannehmlichkeiten“ einer Vermietung? Oder überwiegt doch die ökonomisch rationale Überlegung, durch eine Vermietung zusätzliche Einnahmen zu lukrieren?

Zumindest zwei sehr problematische Entwicklungen zeichnen sich ab: Das Hauptinteresse von AnlegerInnen ist ein gutes Preis-Leistungsverhältnis. Deswegen werden zunehmend kleinere Wohnungen bis hin zu Mikrowohnungen gebaut, die zwar ein gutes Anlagepaket sind, am tatsächlichen Wohnbedarf der Grazer Bevölkerung

aber weitgehend vorbeigehen. Dieser Trend zu Kleinstwohnungen bringt einen Rattenschwanz weiterer Probleme mit sich: In Kleinstwohnungen gibt es aufgrund sich verändernder Lebensumstände eine besonders hohe Fluktuation, was negative Folgen für das soziale Gefüge der Nachbarschaft mit sich bringt. Außerdem ziehen auch Familien, die gerne in der Stadt wohnen würden, aufgrund des fehlenden Angebots an größeren Wohnungen in den Grazer Speckgürtel und verursachen damit zusätzlichen Pendelverkehr.

Eine weitere höchst problematische Entwicklung betrifft das zunehmende Engagement von Fonds und überregionalen Akteuren am Grazer Wohnungsmarkt. Das Immobilienmagazin „online“ hält fest, dass 2019 rund 250 Mio. Euro in Grazer Wohnimmobilien investiert wurden. 51 % des 2019 und 2020 getätigten Investmentvolumens in Graz seien demnach von deutschen institutionellen Investoren getätigt worden. Kann es wirklich im Sinne der Grazer Bevölkerung sein, dieses Auf-den-Markt-Drängen von Fonds und anderen derartigen Akteuren ungebremst zuzulassen oder passiert hier nicht vielmehr vor unseren Augen ein Ausverkauf unserer Stadt?

Ich habe viele Aspekte dieses Themas bewusst vorsichtig formuliert, weil wir tatsächlich sehr wenig über den Wohnungsmarkt und über das Baugeschehen der letzten Jahre gesichert wissen. Es gibt allerdings, wie zuvor ausgeführt, einige alarmierende Hinweise, dass es derzeit zu massiven Fehlentwicklungen kommt.

Ein erster Schritt, um leistbaren am Wohnbedarf der Grazer Bevölkerung orientierten Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, kann deswegen nur eine umfassende Analyse des Ist-Zustands sein. Der letzte städtische Wohnungsbericht wurde im Jahr 2016 erstellt und legte einen starken Fokus auf die städtischen Wohnungen. Dass wir für den Neubau von Gemeindewohnungen dringend mehr Geld in die Hand nehmen müssen, ist unbestritten. Wir brauchen aber ebenso dringend eine Gesamtübersicht über die Situation am Grazer Wohnungsmarkt.

Ein umfassender Wohnungsbericht sollte daher mehrere unterschiedliche Fragestellungen behandeln. Zum einen geht es um Datengrundlagen, die uns aufzeigen, wie sich längerfristig der Bedarf an Wohnungen in Graz, aber auch der in

den einzelnen Grazer Bezirken entwickeln wird. Neben Bevölkerungsprognosen für die gesamte Stadt sollte dafür auch die Bevölkerungsentwicklung in den Grazer Bezirken genauer unter die Lupe genommen werden. Vonseiten des Referates für Statistik gibt es bereits Zahlen zu den Wanderungsbewegungen zwischen den Bezirken nach Alter, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Falls dazu noch weitere Kriterien wie Familiengrößen, Bildungsgrad oder der sozioökonomische Hintergrund verfügbar wären, würde das Rückschlüsse auf die Entwicklung einzelner Stadtteile, dort entstehender Wohnbedarfe, auch hinsichtlich Wohnungsgrößen sowie notwendiger begleitender baulicher und sozialer Infrastruktur zulassen.

Weiters sollte sich der Bericht umfassend und systematisch mit den Planungen der Bauträger auseinandersetzen und Daten zu Größen und Qualitäten der entstehenden Nutzungseinheiten zusammenführen. Hier könnte sowohl das AGWR (Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister) herangezogen werden, als auch Informationen über Kontaktaufnahme mit den wichtigsten Bauträgern eingeholt werden, um so einen Überblick über das Gesamtgeschehen im Grazer Wohnungsbau zu gewinnen. Nur mit einer umfassenden und objektiven Bestandsaufnahme können wir die Fehlentwicklungen am Grazer Wohnungsmarkt klar erkennen und in weiterer Folge gegensteuern. Für eine menschengerechte Stadtentwicklung, die den Grazerinnen und Grazern anstatt den Investoren-Interessen dient!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Siegfried Nagl als für Stadtplanung zuständiges Stadtregerungsmitglied und Vizebürgermeister Mario Eustacchio als für Wohnen zuständiges Stadtseatsmitglied werden ersucht, die Beauftragung eines umfassenden Grazer Wohnungsberichts im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen und dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Januar 2021 einen Vorschlag für das weitere Vorgehen vorzulegen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Dankeschön, Herr Stadtrat Hohensinner, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich sehe mich heute persönlich in meiner Funktion als Gemeinderätin eigentlich als ziemlich erfolgreich, denn das Thema, Kollege Eber hat heute etwas aufgegriffen, was ich schon gemacht habe, und Kollegin Wutte und Herr Dreisiebner folgen mir auch. Ich habe den Wohnungsbericht damals in einer dringlichen Anfrage eingebracht, dem wurde stattgegeben und schön ist auch, dass es durchgeführt wurde und es ist der einzige Bericht, wo es um Wohnen aus Perspektive der Stadt Graz geht und ich denke, dass es dringlich notwendig ist, auch das wieder neu aufzulegen. Das was die Kollegin angesprochen hat, ja, wir haben Fehlentwicklungen, wir bauen teilweise am Bedarf vorbei, die Corona-Pandemie hat neue Herausforderungen um das Thema Wohnen gelegt, wir brauchen viel mehr Freiraum, die Menschen brauchen Luft nach draußen, Grün, Balkone, das heißt auch, wie gebaut wird. Und wir müssen uns auch auf etwas einstellen und das ist, ich habe es vor einigen Gemeinderatsitzungen eingebracht, den Leerstand, und ich glaube, dass der Leerstand ein weiteres, drängenderes Faktum wird für die Stadt Graz, alleine aus dem Zustand und Umstand, dass Distance-Learning auch auf Universitäten Einzug hält und wir sehen eine Entwicklung schon, dass viele Studierende derzeit gar nicht kommen und wenn wie bei dieser hohen Anzahl von Studierenden ein Jahrgang geht weg, ein weiterer kommt nicht vollständig, auch hier gibt es schon Signale, dass das, was da ist, nicht passt. Liebe Kollegen der Grünen Fraktion, eine Kritik möchte ich euch doch mit auf den Weg geben, es ist Rückschauen wichtig, ich mache aber auch eine Vorschau. Was braucht Graz? Und ich habe heute einen Antrag eingebracht, nämlich Sanierung statt Neubau. Wir brauchen eine dringliche Sanierungsebene, 67 % der Gebäude in der Stadt Graz sind vor 1990 gebaut worden, das heißt, wir brauchen nicht Neues, sondern wir müssen uns auch dem Alten ganz massiv widmen. Widmen nämlich auch dahingehend, dass es saniert wird, dahingehend, was kostet dann das, wenn es saniert ist, ist es auch leistbar? Dieser Frage müssen wir uns dringlich zuwenden. Ich hoffe, dass mein Antrag auch ein positives Feedback seitens der Stadtregierung und zuständigen Ämter hier erhält, denn nur zu wissen, was ist, ist das eine, wichtig ist das, was in Zukunft auf uns zukommt.

Die Sanierung schafft Arbeitsplätze, die Sanierung ist etwas, das unser Lebensumfeld erleichtert und gewährt. In dem Sinne darf ich mich bedanken, dass Sie mir hier jetzt für meine Wortmeldung zur Dringlichkeit zugehört haben, wir werden dem Wohnungsbericht zustimmen und etwas Kritik musste ich dennoch anbringen. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Herzlichen Dank für deine Wortmeldung, Susi Bauer. Ich finde es ein bisschen schade, dass wir hier jetzt keine längere Debatte zu diesem, denke ich, für uns alle wichtigen Thema haben, aber es ist wahrscheinlich der fortgeschrittenen Zeit geschuldet und das kann ich natürlich auch nachvollziehen. Wie die Susi richtig gesagt hat, 2016 hatten wir einen städtischen Wohnungsbericht, das ist halt jetzt bald fünf Jahre her und es wäre wirklich drängend, die aktuelle Situation in einem Bericht zu erfassen und ich bin ganz bei dir, Susi, ein Bericht ist immer nur der erste Schritt und natürlich müssen in diesem Bericht gute Maßnahmen auch empfohlen werden, die dann auch umgesetzt werden und am dem sollten wir wirklich alle gemeinsam arbeiten. Die von dir angesprochenen Sanierungsförderungen, meines Wissens nach ist hier auf Bundesebene einiges in Planung, also ja, das ist ein drängendes Problem, aber die Bundesregierung arbeitet auch daran, Förderungen zur Verfügung zu stellen und es ist ja auch wichtig, das in Angriff zu nehmen. Nichtsdestotrotz würde ich wirklich auf eine Mehrheit für dieses Anliegen hoffen, weil wir brauchen einen Bericht über die aktuelle Situation, es kann nicht sein, dass quasi der Ausverkauf der Stadt vor unseren Augen passiert und wir eigentlich keine Ahnung haben, wer in der Stadt was baut und für wen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

**8.6 Qualitätsvolle und optimal gesteuerte bauliche Weiterentwicklung in der Stadt Graz
(GR Karl Dreisiebner, Grüne und GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte ZuseherInnen im Livestream. Ich möchte jetzt nur einmal ganz kurz zusammenfassen, dass es offensichtlich nicht besonders wichtig ist, sich mit Wohnen und Stadtentwicklung, der Leistbarkeit, den passenden Zuschnitten der Zukunft in diesem Segment und mit Fragen, wie wir uns in dieser Stadt in den nächsten Jahren aufhalten werden, was es hier für Qualitäten braucht, dass das nicht besonders wichtig ist für viele. Es haben die Fraktionen, wo die Stadtentwicklung zuständig ist, ÖVP, zum Vorantrag nichts gesagt, es hat jene Fraktion, die für Wohnen zuständig ist, nichts gesagt. Ich sage noch dazu, Herr Bürgermeister und Herr Vizebürgermeister: Wo sind die beiden? Die sind gar nicht da.

Jetzt zu meinem Antrag, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal. Mir geht es darum, dieses Thema Qualität in dieser Stadt und in der Stadtentwicklung, ja, die wird es geben, die muss es geben und das ist etwas, was sehr, sehr wichtig und sehr, sehr drängend ist, gerade wenn man in einer wachsenden Stadtsituation ist, auf neue Füße zu stellen, weil ich, ähnlich wie beim Antrag von der Kollegin Wutte, alle paar Jahre, glaube ich, mir über die entsprechenden Datengrundlagen was anschauen muss. Und hier im Bereich der Flächenwidmungsplanung, des Stadtentwicklungskonzepts sollte ich mir genau diese Instrumente anschauen und es ist sehr viel schon gesagt worden über Fehlentwicklungen, über Investoren, die einfach nur kommen, um Gewinnmargen zu maximieren, die auch die Architektenqualitäten und diese Leistungen dann nicht wirklich auf den Boden bringen wollen, weil es eben genau diesen Gewinnmaximierungen entgegensteht, die Wohnungen errichten, die für Anleger geeignet sind, aber nicht für die Familien und für die Menschen, die dann dort einziehen sollen und bis hin zur Bauqualität, bis hin zur Freiraumthematik im Bereich von solchen Wohnquartieren einfach ganz wenig geleistet wird, aber auch im öffentlichen Raum sehr wenig geleistet wird. Alle diese Belastungen bleiben ja bei uns, bei den Bürgerinnen und Bürgern hängen, egal ob sie eine Wohnung suchen oder

schon haben. Das ist nämlich auch ein ganz ein wichtiger Punkt. Wir haben ganz massive und steigende Defizite in der gesamten Bau-, Wohn- und Stadtinfrastruktur und das hängt alles miteinander zusammen. Auch wenn sich ÖVP und FPÖ dazu nicht äußern wollen, das hängt ganz massiv zusammen und wir sehen, dass andere Gemeinden und Städte wie Eisenstadt, wie Wiener Neustadt oder zuletzt auch Hart bei Graz genau auf diese Fehlentwicklungen schon reagieren, ihre Raumordnungsinstrumente Stadtentwicklungskonzept, Ortsentwicklungskonzept beim Land draußen und Flächenwidmungsplan in Revision schicken, damit eine Bausperre verbinden, ab der Auflage, was schon bedeutet, dass die gewünschten Qualitäten mitentwickelt werden müssen und nicht mehr so wie jetzt entwickelt werden kann. Ich weiß, wir können nicht alles erledigen, wir hängen, und ich sage nur Räumliches Leitbild, wir hängen auch an dem, was uns das Land teilweise mit seiner Gesetzgebung unmöglich macht. Wir können nur das tun, was die Landesgesetze uns ermöglichen und beim Räumlichen Leitbild, das ja bekanntlich doch am Ende ein gewisser Torso geblieben ist, weil man eben vom Land nicht alles zulassen wollte, sehe ich das Ganze leider als gescheitert an, nicht aus der Verantwortung von uns, nicht aus der Verantwortung der MitarbeiterInnen im Haus Graz, in der Stadtplanung, etc., sondern weil die Gesetze so sind, wie sie sind. Auch da muss angedreht werden, aber das können wir nur mit Petitionen bearbeiten und nicht selber in die Hand nehmen. Selber in die Hand nehmen sollten und können wir, und das fordern viele Menschen draußen, mit Expertise aber auch viele BürgerInnen, die Frage: Wie geht es in Graz weiter? Wie entwickelt sich Graz weiter? Wie bleibt das lebenswert? Wie bleibt uns städtebauliche Qualität erhalten? Diese Frage können wir angehen und deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zu einer qualitätsvollen Weiterentwicklung der gebauten Stadt im öffentlichen Interesse und damit zu einer Stadtentwicklung, die den gesellschaftlichen Gesamtinteressen der Grazer

Bevölkerung Priorität gegenüber dem Markt- und den Individualinteressen einräumt.

2. Zu diesem Zweck wird die Abteilung Stadtplanung ersucht, einen Bericht mit strategischen Zielsetzungen, stadtplanerischen Schwerpunkten und einem realistischen Zeithorizont für die Erarbeitung einer Revision des 4. Stadtentwicklungskonzeptes sowie darauf folgend des 4. Flächenwidmungsplans dem Gemeinderat im April 2021 vorzulegen in Form eines Berichtes, dazu soll auch ein Zwischenbericht in den Ausschuss gehen, davor schon.
3. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, nicht anwesend, wird ersucht, die öffentliche Auflage des 4. Stadtentwicklungskonzeptes in der Form, dass es ein 5. werden soll, inklusive einer Verordnung einer Bausperre dem Ausschuss und Gemeinderat bis September 2021 spätestens vorzulegen.

Dankeschön, ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Niemandem in der Stadt ist es entgangen, dass Graz ein dynamischer, wachsender Raum ist. Die Wohnbevölkerung, die Anzahl der Menschen in Ausbildung, die Zahl der Erwerbstätigen und auch die Zahl der Wohnungen und der Wohngebäude wachsen. Darüber besteht weitgehend Einigkeit.

Ob es aber zu viele, gerade genug oder doch zu wenige Wohnungen am sogenannten Markt gibt, ob die angebotenen Wohnungen im Altbestand und im Neubausegment vorhanden sind, ob das Angebot mit den von Wohnungssuchenden nachgefragten Wohnungsgrößen und -zuschnitten zusammenpasst und ob diese Wohnungen dann auch zu halbwegs leistbaren Kauf- und Mietpreisen angeboten werden, darüber gehen die Meinungen weit auseinander.

Zu dieser Debatte kommt hinzu, dass Baudichten und Versiegelungsgrade bei Wohnbauprojekten von immer mehr GrazerInnen und ExpertInnen kritisiert werden, aber auch die Frage der Einfügung neuer Gebäude in das städtebauliche Umfeld führt zu Kontroversen. Viele Menschen in unserer Stadt erkennen starke Defizite bei der Infrastruktur und der Umgebungsgestaltung von neu errichteten Quartieren. Sie kritisieren die Erreichbarkeit von NahversorgerInnen, fehlende, schlecht erreichbare oder zu stark frequentierte Grün- und Freiraumangebote, zu wenig konsumfreie Aufenthaltsorte für Jugendliche oder auch Erholungsorte für SeniorInnen sowie die Verkehrsbelastung bzw. fehlende ÖV-Anbindungen.

Die Bau- und Entwicklungstätigkeit in Graz ist allerdings nicht nur quantitativ enorm, sie scheint auch immer stärker von großen, teilweise international agierenden Unternehmen beherrscht. So treten mittlerweile Fonds in den Grazer Bau- und Immobilienentwicklungsmarkt ein und versuchen, auf maximalen Gewinn optimierte Wohnanlagen zu entwickeln, teilweise für AnlegerInnen, teilweise für die Vermietung.

Egal ob internationale Fonds oder regional agierende Bauherren und Investoren: beide zeigen wenig Interesse an städtebaulicher Qualität oder an anspruchsvoller und nachhaltiger Bauweise. Gering ist oftmals das Interesse am Mehrwert für die zukünftigen BewohnerInnen und für die Öffentlichkeit. Wenn Bau- und Immobilienunternehmen jedoch nur mehr auf die Maximierung ihrer Gewinnmargen und die bestmögliche Verwertbarkeit der Wohnungen am AnlegerInnen-Markt fokussieren, kommen die Bedürfnisse der zukünftigen BewohnerInnen und der schon im Grätzel lebenden Wohnbevölkerung zu kurz. Ein Spaziergang durch die Stadt genügt, um viele Beispiele für eine schlecht eingepasste Neubautätigkeit zu finden.

An dieser Stelle ist es mir wichtig klarzustellen, dass ich die Fehler nicht bei der zuständigen Fachabteilung und der Behörde in Graz orte. Was ich allerdings für sehr relevant halte, sind die landesgesetzlich festgeschriebenen Schranken und Fesseln für Gemeinden und Städte. Ein Räumliches Leitbild, das aufgrund der Einsprüche des Landes in entscheidenden Bereichen ein Torso bleibt, bringt eine stark wachsende Stadt zunehmend in Bedrängnis. Ein Ende dieser Fehlentwicklungen ist leider nicht in Sicht.

Gemeinden wie Haus im Ennstal, Hart bei Graz und Schladming, aber auch Städte wie Wiener Neustadt und Eisenstadt bemühen sich, das öffentliche Interesse mit der Einführung einer flächendeckenden bzw. weitreichenden Bebauungsplanpflicht wieder stärker zu wahren und dadurch Fehlentwicklungen besser in den Griff zu bekommen. Graz kann aufgrund der landesgesetzlichen Möglichkeiten bekanntlich nur an einigen wenigen Schrauben drehen. Aber Graz kann an diesen Schrauben drehen oder eben alles so belassen, wie es ist.

Viele GrazerInnen, insbesondere auch Personen mit Expertise zu den aktuellen Entwicklungen im Grazer Baugeschehen wünschen dringend die Revision unserer örtlichen Raumordnungsgrundlagen sowie die Verhängung einer möglichst flächendeckenden Bebauungsplanpflicht. Die in diesem Prozess zu verordnende Bausperre könnte darüber hinaus auch die Position der Stadt stärken. Darüber hinaus sind auch die Informationen an die GrazerInnen zum Baugeschehen, aber auch ihre Mitsprache- und Einwendungsrechte zu stärken.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grazer Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zu einer qualitätsvollen Weiterentwicklung der gebauten Stadt im öffentlichen Interesse und damit zu einer Stadtentwicklung, die den gesellschaftlichen Gesamtinteressen der Grazer Bevölkerung Priorität gegenüber Markt- und Individualinteressen einräumt.*
- 2. Zu diesem Zweck wird die Abteilung für Stadtplanung und insbesondere das Referat für Stadtentwicklung und Flächenwidmungsplanung ersucht, einen Bericht mit strategischen Zielsetzungen, stadtplanerischen Schwerpunkten und einem realistischen Zeithorizont für die Erarbeitung einer Revision des 4. Stadtentwicklungskonzeptes sowie darauf folgend des 4. Flächenwidmungsplans dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im April 2021 vorzulegen. Dem vorberatenden Ausschuss für Stadt- und*

Grünraumplanung möge bis Februar 2021 ein schriftlicher Zwischenbericht zur Information und zur Diskussion vorgelegt werden.

3. *Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als zuständiger Stadtsenatsreferent wird ersucht, die öffentliche Auflage für eine Revision des*
4. *Stadtentwicklungskonzeptes inklusive einer Verordnung für die begleitende Bausperre dem Ausschuss sowie dem Gemeinderat entlang des erarbeiteten Zeitplanes, wenn möglich bis September 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.*

StR Hohensinner:

Danke, Herr Klubobmann, dieser Antrag ist auch von der Gemeinderätin Manuela Wutte miteingebracht worden, das habe ich vorhin nicht gesagt. Wer wünscht jetzt das Wort zur Dringlichkeit? Einen Redner habe ich schon, den Herrn Gemeinderat Ewald Muhr. Let's go, Ewald.

An dieser Stelle, ein Dankeschön an die Dame, die das Rednerpult desinfiziert, einen Applaus bitte (*Appl.*).

GR Mag. (FH) Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste im Livestream, lieber Antragsteller Karl Dreisiebner, diesem Antrag können wir von der SPÖ in jeder Hinsicht nur unterstützen. Wir haben in den vergangenen Monaten schon mehrmals auf die in deinem Motivenbericht angesprochenen Problemfelder hingewiesen. Graz, und das muss man einmal zur Kenntnis nehmen, ist einmal ein lukratives Zielgebiet für Pensionsfonds und Anleger geworden und da muss man sich auch vor Augen halten, wenn bei der Wohnraumbeschaffung nicht mehr der Lebensraum im Vordergrund steht, sondern ausschließlich die Geldanlage, dann gerät die Entwicklung unserer Stadt wahrscheinlich in eine gefährliche Schieflage und das

erkennen wir sicherlich daran, dass mitten in gewachsenen Einfamilienhaussiedlungen und Villenvierteln plötzlich unansehnliche Betonklötze hineingesetzt werden und das erkennen wir auch daran, dass Grünfläche, Wiesen zubetoniert werden. Es mag schon sein, dass die Möglichkeiten einer Stadt, sich gegen diesen Bau-Wahn zu wehren, begrenzt sind, jetzt aber, mit Verlaub, wir haben ein Stadtentwicklungskonzept, wir haben einen Flächenwidmungsplan, es gibt ein Räumliches Leitbild, es gibt eine Bauordnung und es gibt sehr viele Bebauungspläne. Haben wir mit diesen Instrumentarien also wirklich eine Chance, eine qualitative, unserem Stadtbild entsprechende, bewohnerfreundliche Stadtgestaltung zu forcieren oder schöpfen wir im Grunde nicht alle Möglichkeiten aus? Ich habe zu diesem Thema bereits im September dieses Jahres eine Anfrage gestellt, die aber bislang noch nicht beantwortet wurde, wie auch so viele andere Anfragen. Wieso schaffen es andere Städte, der Spekulation zumindest Grenzen zu setzen, indem klare Widmungskriterien formuliert werden. Warum versuchen wir nicht auch nach dem Modell Reininghaus einen Infrastrukturbeitrag von der Freiwilligkeit, also vom Privatrechtlichen, in eine baurechtliche Ebene zu bringen, da habe ich auch heute einen Initiativantrag eingebracht. Wie mittlerweile reihum, dass die Gemeinden auf die Notbremsen treten, sich z.B. mit Bausperren dagegen zu Wehr setzen, dass ihr Grund und Boden nur noch Spekulationsobjekt ist, das von Immobilienentwicklern wie Heuschrecken in ihrer Gemeinde abgegrast wird. Es ist also höchste Zeit, dass auch die Stadt Graz in der Hinsicht „stopp“ sagt und das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand nimmt und darum würden wird deinen Antrag, hinsichtlich der Dinglichkeit und auch dem Inhalt, unterstützen, Karl (*Appl.*).

GR Eber:

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke für diesen Antrag, lieber Karl. Ich möchte nur ganz kurz ein paar Worte dazu sagen. Zunächst zur Frage Bausperre, Baustopp. Ich glaube, wir müssen mir diesem Begriff sehr vorsichtig umgehen, weil in der Öffentlichkeit hier sonst sehr leicht falscher Eindruck entsteht,

was das bedeutet und bedeuten kann. Einen Baustopp wird es so oder so nicht geben, eine Bausperre gibt es natürlich dann, wenn ein Flächenwidmungsplan oder ein Stadtentwicklungskonzept in Vorbereitung sozusagen ist und es bedeutet natürlich auch, dass sämtliche bereits bewilligte Bauprojekte gebaut werden dürfen, also nicht nur fertiggebaut, sondern dürfen natürlich, wenn die Bewilligung vorliegt, auch angefangen werden, auch in der Zeit der Bausperre, das dazu. Wir haben, und das wissen natürlich einige, viele hier drinnen, wir haben das letzte Stadtentwicklungskonzept über einen Zeitraum von, ich glaube, fünf Jahren, ich schaue den Roland Lohr an, der damals ja auch schon dabei war mit vielen anderen auch, über fünf Jahre entwickelt und das heißt, das ist wirklich eine sehr große Aufgabe und die beginnt einmal damit, dass der Herr Bürgermeister sozusagen die Planungsinteressen in der Bevölkerung abfragt und da sind wir dann aber immer noch weit entfernt von einer Bausperre einerseits und andererseits auch von einem neuen Stadtentwicklungskonzept. Hinweisen möchte ich auch darauf, dass der Flächenwidmungsplan, der aktuell gültig ist, ist noch gar nicht so lange in Rechtskraft, seit zweieinhalb Jahren in etwa, ich glaube, März oder Mai 2018 war das, das heißt, er ist aber ausgelegt für 10 bis 15 Jahre. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren könnte man natürlich sagen, ja, wir wollen das angehen und das wäre natürlich auch wichtig in manchen Bereichen. Die KPÖ hat seinerzeit dem Flächenwidmungsplan nicht zugestimmt, eben unter anderem aus jenen Gründen, dass in manchen Bereichen uns die Baudichte, gerade in jenen Bereichen, wo sie jetzt schon sehr dicht ist, Gries, Lend, Jakomini beispielsweise, dass dort eine Dichteerhöhung dazugekommen ist, die wir nicht für vertretbar halten und das auch jetzt so sehen. In Summe gesehen, diese drei Punkte, die der Karl Dreisiebner und die Manuela Wutte vorschlagen, sind sehr ambitioniert auf alle Fälle. Die Gefahr, wie gesagt, ist auch, dass ein paar Illusionen geweckt werden, aber dennoch, weil natürlich der Grundgedanke, der dahinter steht, nämlich zu einer qualitätsvollen Bebauung in Graz kommen zu wollen und zu einer Bebauung kommen zu wollen, wo es ausreichend Grün- und Freiräume gibt, diesen Punkt können wir natürlich gut nachvollziehen und deswegen werden wir der

Dringlichkeit und, sollte es soweit kommen, auch dem Antrag zustimmen. Dankeschön (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.16 Uhr).

GR Dreisiebner:

Vielen Dank, Herr Kollege Muhr, Herr Kollege Eber, für die von euch signalisierte Unterstützung. Ich nehme zur Kenntnis, dass man hier keine Diskussion führen will, dass man seine Standpunkte offenbar nicht formulieren will, zumindest von mehreren anderen Parteien, von der Koalition her, das mag so sein dürfen, ich muss das zur Kenntnis nehmen. Wir werden an dem Thema dranbleiben. Das Thema wird auch euch wahrscheinlich immer weiter erreichen, von der ÖVP und von der FPÖ. Ich glaube, dass es sehr viele Menschen gibt, die immer mehr auf das alles schauen, zu Recht darauf schauen. Das Ziel kann nicht sein, alle zufriedenzustellen, weil die, die gar nicht wollen, dass in der was gebaut wird, das kann man wahrscheinlich nicht erfüllen, aber es gibt ein paar andere Dinge, über die man diskutieren sollte, weil das ist, glaube ich, eine der Kernaufgaben von politisch gewählten Mandatarinnen und Mandataren bzw. von politischen Fraktionen. Ich nehme es einmal für mich so mit, ich weiß, dass es auch andere so sehen und ich hoffe, dass auch die ÖVP und FPÖ in diese Diskussion eintreten. Vielen Dank, auch wenn der Antrag offenbar nicht dringlich ist und nicht angenommen wird (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**8.7 Corona-Maßnahmenpaket „Graz 2021 – Jahr der Solidarität“
(GR Michael Ehmann, SPÖ)**

GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte ZuhörerInnen im Livestream. Ja, der zweite harte Lockdown macht es noch dringlicher als es ursprünglich eh schon war, als Antwort auf die Pandemie und ihre gravierenden Folgen braucht es ein umfassendes städtisches Maßnahmenpaket. Mir ist bewusst, dass ja schon viel unternommen wurde in den unterschiedlichen Ressorts, um letztendlich die Folgen der Pandemie, der Krise, für die Grazerinnen und Grazer abzufedern, aber wir denken uns, wir sollten hier ein größeres Paket andenken, denn die Auswirkungen werden nächstes Jahr durchaus verheerend sein, denken wir nur an die Stundungen bei Sozialversicherungsträgern, bei Finanzämtern. Stundung heißt ja nicht geschenkt oder aufgehoben, sondern das wird ja alles einverlangt werde; denken wir an viele andere Bereiche, denken wir an Kurzarbeit, an Menschen, die schon sehr lange in Kurzarbeit sich befinden, hier auf einen Teil ihres Lohnes letztendlich verzichten müssen, abgesehen von den vielen Arbeitslosen, die leider keine Möglichkeit zur Beschäftigung haben. Ich denke, hier müssen wir als Kommune, als Stadt, massiv eingreifen und unterstützen und daher haben wir uns entschlossen, ein Jahr der Solidarität für nächstes Jahr auszurufen. Solidarität sollte natürlich immer gesellschaftspolitisch bei uns eine Rolle spielen, das ist ja gar keine Frage, aber wir wollen hier ein Bewusstsein schaffen, dass es hier noch notwendiger ist, zusammenzustehen und zusammenzuhalten und zu unterstützen als es sonst sowieso notwendig ist in einer „normalen Zeit“, zu der wir ja alle wieder letztendlich kommen wollen. Aber momentan ist das eben noch nicht möglich, also Graz 2021 – das Jahr der Solidarität, und wir haben hier uns einfach gedacht, wir zeigen Möglichkeiten auf, wie wir hier Menschen in der Krise unterstützen können in den unterschiedlichen Bereichen für Soziales, für Wirtschaft, für Bildung und vieles, vieles mehr, bis zum Sport und haben uns hier gedacht, wir legen hier ein Paket in Form eines dringlichen Antrages mit

Vorschlägen vor, die einer Bewertung zugeführt werden sollen und dann letztendlich in ein Paket geschnürt werden sollen. Aber was ist der Unterschied zu sonst, also das ist kein, ich sage es jetzt sehr salopp, „Friss-oder-stirb-Antrag“, sondern wir sagen hier ganz klar, wir ersuchen hier alle Fraktionen, hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, sich zu beteiligen, hier Vorschläge einzubringen bis Ende Dezember und letztendlich dann bis in den Februar einer Bewertung durch die Abteilungen zuzuführen und dann hier ein gemeinsames Paket zu schnüren. Die Dringlichkeit eben und auch die Zeit, die vorgegeben ist, daran können wir drehen, darüber können wir natürlich reden. Aber wir denken, weil es eben so dringlich ist und die Menschen hier die Unterstützung brauchen, denken wir nur an die Branchen im Gasthausbereich, die Gastro, die wiederum diesen Lockdown erfahren musste, jetzt reduziert wurde auf die 50 %, also nicht mehr 80 %, die tun sich alle nicht sehr leicht, auch die Zulieferer, die davon betroffen sind, Arbeitsplätze, wie gesagt, damit verbunden und und und. Ganz viele Bereiche, die Kunst-, Kultur- und Klubszene, wir haben es oft schon gehört, auch hier in diesen Bereichen sind die Spielstätten geschlossen, und und und. Also, wie gesagt, das sprengt natürlich den Rahmen in der Einbringung eines Dringlichen, aber wir sehen das wirklich als Notwendigkeit und ersuchen hier euch alle, euch zu beteiligen, euch einzubringen, ein Gesamtpaket mit uns gemeinsam zu schnüren, um als Stadt Graz zu zeigen: Wir halten zusammen, wir sind für euch da. Daher darf ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag

stellen:

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes alle Gemeinderatsfraktionen einzuladen, ihm bis 30. Dezember 2020 Vorschläge für ein solches Maßnahmenpaket zur Abfederung der Pandemie-Auswirkungen zu übermitteln.

2. Dem Gemeinderat ist in der Februar-Sitzung ein entsprechender Bericht zu weiteren Beratungen bzw. zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen, der zu beinhalten hat, welche Vorschläge einlangten sowie deren Bewertung durch die zuständigen Abteilungen in Hinblick auf Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung und welche finanziellen Belastungen bzw. finanziellen Auswirkungen und Folgekosten für die Stadt mit den einzelnen Vorschlägen verbunden sind. Für Vorschläge, deren Auswirkungen auf Wirtschaft und/oder Bevölkerung als positiv beurteilt werden, sind Umsetzungswege sowie Umsetzungshürden darzustellen.

Und vielleicht auch eine Klarstellung noch in diesem Bereich, weil das jetzt sicher wieder als Totschlagsargument der Regierenden kommenden wird. Ja, wir wollen investieren, das ist ja gar keine Frage als Sozialdemokratie. Aber dort, wo es sinnvoll ist bitte und nicht in irgendwelche Seilbahnstützen und in sonst irgendwas, was den Menschen sehr wenig bringt in dieser Stadt, sondern dort, wo es notwendig ist und ja, dort gehört investiert, dort gehört viel Geld in die Hand genommen, das ist so. Unter hü und hott, was uns vorgeworfen wird, das ist sowieso abenteuerlich, weil wenn man sich die Bundesregierung ansieht, wie sie die Pandemie quasi begleitet oder die Krise begleitet als Krisen-Feuerwehr, das sollte sie eigentlich sein in diesem Fall, da kann man wirklich von hü und hott sprechen (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der zweite harte Lockdown macht es noch dringlicher: Als Antwort auf die Pandemie und ihre gravierenden Folgen braucht es auch ein umfassendes städtisches Maßnahmenpaket. Denn Corona hat auf viele Bereiche enorme Auswirkungen – es gibt wohl kaum jemanden, der nicht betroffen ist. Und mittlerweile befürchten die meisten Fachleute, dass wir Anfang kommenden Jahres mit einer „dritten Welle“ rechnen müssen, dass die Pandemie auch im Jahr 2021 unser Leben weitgehend mitbestimmen wird.

Umso mehr sind alle Ebenen gefordert, gegenzusteuern, und das trifft selbstverständlich auch auf die Stadt Graz zu. Es gilt, alle Schwerpunkte zu überdenken – mit der Zielsetzung, aus städtischer Sicht das Möglichste beizutragen, dass keine Grazerin, kein Grazer, kein Kind, kein EPU oder KMU in unserer Stadt zurückgelassen wird. In diesem Sinne muss das Jahr 2021 ein GRAZ-JAHR der Solidarität werden – mit Investitionen, Unterstützungsleistungen und Wirtschaftshilfen, die direkt und schnell fließen und so helfen, über die Krise zu kommen.

Möglichkeiten für solche Schwerpunktsetzungen bzw. Maßnahmen gibt es sehr viele. Etliche Vorschläge wurden bereits vom SPÖ Gemeinderatsklub unter Mitwirkung von externen Fachleuten ausgearbeitet:

Graz 2021 – Jahr der Solidarität

- *Gründung des Stadt-Graz-Fonds (erstes Quartal 2021)
Beteiligung an Grazer Firmen durch die Stadt über einen neu zu schaffenden „Stolz auf Graz-Fonds“ mit maximal 20 Prozent der Anteile um maximal eine Million, nach fünf Jahren soll der Ausstieg erfolgen. Voraussetzung: Kein Abbau von MitarbeiterInnen. Wobei – durchaus nach Wiener Vorbild – angestrebt werden sollte, auch private Investoren dafür mit an Bord zu holen.*
- *Corona-Card in Anlehnung an die Sozial-Card der Stadt Graz: (ab 1.2.2021) Für all jene, die nachweislich durch die Corona-Krise den Job verloren haben (befristet auf ein Jahr) – dieselben Leistungen wie über die Sozial-Card inkl. Heizkosten und Weihnachtsunterstützung (wird im Nachhinein ausbezahlt).*
- *Erhöhung der Leistungen der Sozial-Card der Stadt Graz: (ab 1.2.2021) 25% mehr Leistungen*

- *50-€-Gastro-Gutscheine für Mehrpersonenhaushalte / 30 € für Singlehaushalte gültig ab 1.3.2021 – zur Ankurbelung der Wirtschaft im eigenen Bezirk und Erhalt der Arbeitsplätze in der Gastronomie*
- *Maßnahmenpaket zur Erhaltung von Kunst, Kultur und Klubszene Übernahme des offenen Prozentsatzes der Ausfallsentschädigung des Bundes sowie – auf begrenzte Zeit – Möglichkeit der kostenlosen Nutzung der Grazer Spielstätten für Kunst und Kulturvereine für Veranstaltungen, sobald diese wieder möglich sind*
- *Joboffensive 50+ der Stadt Graz in Zusammenarbeit mit AMS Steiermark: Langzeitarbeitslose Grazerinnen und Grazer bekommen – durch Unterstützung des AMS - eine Beschäftigung in der Stadt Graz oder in stadteigenen Unternehmen (Aktion 20.000 light für Graz); u.a. könnte z.B. auch ein Einsatz beim Contact-Tracing angedacht werden.*

Bildung darf nicht Frage des Einkommens sein

- *Ausbau Summer-School und kostenlose Lernunterstützung, speziell auch, um Corona-verursachte Defizite abzubauen*
- *rasche Ausstattung aller städtischen Pflichtschulen für digitalen Unterricht und für digitales Lernen (dazu zählen auch Gratis-Laptops, vor allem aber auch Heim-Computer)*
- *altersgerechte Information über die Pandemie, Hygiene- und Präventionsmaßnahmen durch Gesundheitsfachleute an Schulen (als Antwort auf die jüngste Covid-Studie)*
- *Ausstattung der Schulen mit automatischen Fiebermessgeräten in den Eingangsbereichen und mit Luftfiltern in den Klassenräumen*

- *Einführung einer Ausbildungsunterstützung für die Eltern von schulpflichtigen Grazer Kindern, gestaffelt nach Schulstufen und Einkommen, für Schulmaterialien, technische Ausstattungen, Aufwendungen für Sport und Ernährung*
- *Schaffung eines Corona-Wohnfonds für Direkthilfen bei Miet- und Betriebskostenrückständen – da es allein mit Stundungen in vielen Fällen nicht getan sein wird*

Die Jugend braucht Zukunftsperspektiven!

- *Verstärkung der Grazer Lehrstellenoffensive, Erhöhung des Kontingents für Lehrlingsausbildung in der Stadt Graz und stadteigenen Unternehmen (100% Erhöhung der Lehrlingszahlen) für Jugendliche mit Hauptwohnsitz in Graz*
- *stadteigene Locations für Maturabälle zu stark ermäßigten Preisen*
- *Kostenlose Öffi-Karte für in Graz gemeldete Studierende (Corona-bedingt gibt es nämlich kaum noch Nebenjobs und Ferienjobs für Studierende)*
- *Flächendeckend Gratis-WLAN*

Arbeitsplätze und Digitalisierung –

z.T. unter Einbindung von städtischem Knowhow (z.B. Citycom, achtzigzehn)

- *Unterstützung beim Aufbau von Telearbeitsplätzen durch Förderung von IT-Infrastruktur: Gefördert werden sollte Beratungsleistung zur hard- und softwaremäßigen Ausstattung des Telearbeitssystems, IT-Hardware und Software*

- *Schaffung eines Förderprogrammes „Graz online“, um so kleine und mittlere Unternehmen in Graz beim Aufbau bzw. der Erweiterung von Online-Shops finanziell, aber unter Umständen auch logistisch, zu unterstützen*
- *einmal jährlich Herausgabe von Bezirk-BIGs, in denen die Wirtschaftstreibenden, die Dienstleistungsbetriebe, Handel und Gaststätten des jeweiligen Stadtbezirks präsentiert werden, um so die lokale Wirtschaft (Stichwort „Nahversorger ums Eck“) zu stärken und damit diese Arbeitsplätze zu sichern*
- *Adaptierung des Sportjahres, um die Mittel für die Unterstützung der vielen Sportvereine zu nutzen, denen Corona-bedingt Sponsoren ausgefallen sind, die den Kantinenbetrieb einstellen mussten, statt diverse Großveranstaltungen wie eine Olympiaausscheidung etc. durchzuführen.*

Darüber hinaus gibt es sicher noch weitere Ideen, Vorschläge, Möglichkeiten, wie in Hinblick auf Corona-Folgen seitens der Stadt Graz gegengesteuert werden könnte. Entscheidend jedenfalls ist, rasch und auf breiter Ebene ein solches Maßnahmenpaket zu entwickeln. Wobei sich unser dringender Appell einerseits an alle Gemeinderatsfraktionen richtet, im Sinne eben dieses Motivenberichtes innerhalb der nächsten zwei Wochen Vorschläge für ein solches Graz-Paket/Solidaritätspaket zur Abfederung der Pandemie-Folgen für die Grazer Bevölkerung und für die Grazer Unternehmen zu entwickeln; und zum anderen appellieren wir an den Bürgermeister im Rahmen seiner Koordinierungskompetenz, eine solche breite Initiative zu unterstützen, damit bereits in der Jänner-Sitzung eine detaillierte Aufstellung über die einzelnen Vorschläge mitsamt Beurteilung über Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung, Kosten sowie gegebenenfalls auch grob skizzierte Umsetzungsschritte vorliegen: Die Zeit drängt!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, im Sinne des vorliegenden Motivenberichtes alle Gemeinderatsfraktionen einzuladen, ihm bis 30. Dezember 2020 Vorschläge für ein solches Maßnahmenpaket zur Abfederung der Pandemie-Auswirkungen zu übermitteln.*
- 2. Dem Gemeinderat ist in der Februar-Sitzung ein entsprechender Bericht zu weiteren Beratungen bzw. zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen, der zu beinhalten hat, welche Vorschläge einlangten sowie deren Bewertung durch die zuständigen Abteilungen in Hinblick auf Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung und welche finanziellen Belastungen bzw. finanziellen Auswirkungen und Folgekosten für die Stadt mit den einzelnen Vorschlägen verbunden sind. Für Vorschläge, deren Auswirkungen auf Wirtschaft und/oder Bevölkerung als positiv beurteilt werden, sind Umsetzungswege sowie Umsetzungshürden darzustellen.*

GR Mag. **Kuhn:**

Danke, Kollege Michael Ehmann, für den Antrag und zwar für die dichten und vielen und sehr guten Vorschläge. Manche sind tatsächlich nur für die Pandemie gedacht, für andere könnte man sich aber sogar längerwirkend entscheiden, vor allem im Bildungsbereich, für Nachhilfe oder Summer-Schooling, aber auch für das WLAN oder auch für die Ausstattung der Grundschulen, sind das wesentliche Punkte, die wir dann gleich angehen könnten, auf jeden Fall aber auch im Kulturbereich, wo z.B. in Berlin die Berliner Koalition einen Antrag eingebracht hat, dass man diese Klub-Szenerie auch zur Kultur hinauf erhöht sozusagen, das wäre schon einmal neben dieser Hilfe auch ein wichtiges Signal in Richtung: Die tun was für unseres Kultur. Das ist auch moderne

Kultur und das ist auch ein wichtiges Zeichen auch für Jugendkultur, deshalb wäre das auch ein sehr wichtiger Punkt und aus diesen Gründen unterstützen wir natürlich sehr gerne deinen sehr guten Antrag. Danke auf jeden Fall.

GR Mag. **Frölich:**

Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, lieber Michael Ehmman. Das Bemühen ist verständlich bei allen Beteiligten, bei allen, die hier drinnen sind und mir ist eines ganz wichtig, wir haben es hier mit einem äußerst, äußerst dynamischen Prozess zu tun, einem Prozess, der ständige Veränderungen bringt, ständige neue Herausforderungen. Wir schauen nur auf diese Leuchtschrift beim Styria Haus, wo wieder neue Meldungen drüberlaufen. Wird es einen Lockdown unmittelbar nach Weihnachten geben, einen dritten Lockdown, wie wird er aussehen? Wird es jetzt doch die Seilbahnen treffen? Wie wird es die Unternehmen treffen? Heute kommt von der Wirtschaftskammer wieder die Nachricht über ein zweites Unterstützungspaket des Bundes, ein Fixkostenzuschuss II, wo jene Unternehmen, die mit den 800.000 nicht auskommen, bis zu 3 Mio., wo auch schon die Verluste bis zum 30.6.2021 berücksichtigt sind. Ein äußerst, äußerst dynamischer Prozess und ich möchte für alle Stadtsenatsmitglieder in dieser Stadtregierung behaupten, und von vielen weiß ich es aus Einzelmaßnahmen, dass ständig daran gearbeitet wird, auf neue gesetzliche Herausforderungen, neue Verordnungen, etc., neu umgesetzte Dinge zu reagieren. Es ist heute schon angesprochen worden, Kurt Hohensinner hat es angesprochen, kleiner Einwurf von meiner Seite, ich habe mir Listen kommen lassen von unseren Stadtregierungsbüros und es sind sehr, sehr lange Listen, was die einzelnen Maßnahmen betreffen. Ich spreche jetzt nur beispielsweise, weil es mir ein besonders wichtiges Thema ist, an die Bildung bzw. die Schulen, hier wurde also die IT-Strategie, alle Schulen wurden für die digitale Zukunft ausgestattet. Flächendeckendes WLAN, neue Kommunikationssoftware hat Kurt angesprochen, diese SchoolFox mit besserer Eltern- und SchülerInnen-Kommunikation, Microsoft Office inklusive Teams für alle SchülerInnen, die Übernahme von Elternbeiträgen, Erhöhung der schulautonomen

Mittel, Kopierservice, also ganz viele Maßnahmen. Detto im Sozialbereich, detto im Jugend- und Familienbereich, auch im Sport, Sonderimpuls Förderungen für die Bundesligavereine. Es sind hier ganz, ganz viele Dinge, die gemacht werden von Seiten der Stadt. Es ist auch notwendig, laufend neue Maßnahmen zu treffen und zu reagieren. Wir haben ja im März schon das Corona-Hilfspaket beschlossen im Ausmaß von 3 Mio. Euro, das war die Geschichte mit den Gastgartengebühren, Unterstützung bei Strom/Wasser, Standgebühren bei betroffenen Bauernmärkten, bis hin zur Aussetzung der Parkgebühren damals. Das sind ganz, ganz lange Listen. Es ist meines Erachtens zumindest unfair, wenn man den Stadtregierern, aber auch den Verantwortlichen der Stadtregierung, aber auch den betroffenen Abteilungen die Fantasie und die Handlungsbereitschaft und auch die Umsetzungsbereitschaft abspricht, hier nicht ständig darauf zu schauen, dass man gegensteuert, dass man nicht für alle etwas tut, für alle Grazerinnen und Grazer, für die Jugendlichen, für die Senioren, aber auch für die Unternehmen. Wir halten es deshalb für nicht gut, mit dem Instrument eines dringlichen Antrages sich sozusagen aus der quasi-politischen Isolation heraus an alle zu wenden und zu sagen: „Bitte bringt eure Ideen“. Weil ich Kurt Hohensinner erwähnt habe, wenn du auf ihn zugehst und sagst, ich habe da eine Idee, ich habe Vorschläge, ich habe Lösungsansätze, dann bitte sprechen wir darüber, aber es ist auch sicher richtig, sich zusammzusetzen. In genau solchen Zeiten einer Pandemie ist es meines Erachtens besonders wichtig, neue Wege zu gehen, in stark sich verändernden Zeiten, die wir alle noch nie durchgemacht haben, ist das besonders notwendig und ich möchte deshalb abschließend sagen, dass wir aus diesen Gründen, weil wir einfach auch den dringlichen Antrag und das Zusammenfassen von sehr vielen Überschriften, wo viele richtige Überschriften sind, aber auch viele Dinge, die meines Erachtens mit der Pandemie nichts zu tun haben, flächendeckendes WLAN, Maturaball-Locations, die der Stadt gehören – die haben wir eh, siehe hier, aber die gut gemeinten Vorschläge sind in Form eines dringlichen Antrages für uns so nicht mit Dringlichkeit zu versehen. Ich möchte diese Wortmeldung dazu nutzen, weil ihr davon gesprochen habt, dass hier permanent gearbeitet wird an Lösungen von allen, die hier im Krisenstab dieser Stadt mitarbeiten, weil auch einige da sind, einmal herzlich danke

zu sagen. Es ist vielleicht auch hier, wenn man das als Gemeinderat tut, auch wohltuend für all jene, die praktisch in Permanenz sich um die Grazerinnen und Grazer und die Umsetzung all dieser Verordnungen und in diesem, ich sage jetzt nicht Wirrwarr, aber doch in dieser Flut von Verordnungen darum kümmern, dass alles ordnungsgemäß abläuft, ein herzliches Dankeschön an die Magistratsdirektion, etc., Präsidialabteilung (*Appl.*).

Also in diesem Sinne keine Zustimmung zur Dringlichkeit zu diesem Antrag (*Appl.*).

GR Ehmann:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Erstens einmal, Gerald Kuhn, herzlichen Dank seitens deiner Fraktion für die Zustimmung zu diesem Antrag. Lieber Klaus, ich muss dir sagen, ich habe mit keinem Wort erwähnt, dass hier in der Stadt Dinge nicht passieren oder nicht gemacht werden. Ich habe auch deutlich darauf hingewiesen, dass vieles in Bearbeitung ist, dass viele Unterstützungsleistungen von den unterschiedlichsten Ressorts bereits betrieben und eingebracht werden, aber ich glaube trotz allem, deswegen haben wir uns ja zu diesem Dringlichen entschieden, dass es quasi ein fokussiertes Zeichen braucht seitens der Stadt an die Bevölkerung, für die Grazerinnen und Grazer, um hier ganz klar einige Themenbereiche hier explizit stark hervorzuheben und zu unterstützen, um eben ein Signal zu setzen und zu zeigen: Wir sind bei euch, wir sind da, wir helfen euch durch diese Krise, letztendlich um die durch die Folgen der Pandemie zu kommen, um nichts anderes ist es uns hier gegangen und deshalb auch der Vorschlag an die anderen Fraktionen, sich hier zu beteiligen. Und warum? Sollte es ein anderer Antrag sein, wo man ein derartiges Konzept nicht vorsieht, wäre natürlich sofort wieder gekommen: „Naja, ihr wollt hier jetzt eine Abstimmung herbeiführen und wieder populistisch auftreten“, wie auch immer, um das ist es eben nicht gegangen, deshalb ist es hier uns wichtig gewesen, hier alle Fraktionen einzubinden oder die Möglichkeit zu geben, eingebunden zu werden. Und wir wollen nichts anderes als, hoffentlich ihr auch, oder scheinbar gibt es unterschiedliche Zugänge, aber auch in der Finanzierung vor allem, der Herr

Finanzstadtrat hat sich leider nicht gemeldet, sonst hätte ich ihm hier auch noch was gesagt oder Vorschläge gemacht. Aber letztendlich, glaube ich, geht es wirklich darum, hier gemeinsam durchzukommen und die Bevölkerung zu unterstützen, die Grazerinnen und Grazer, die Folgen der Pandemie letztendlich abzuschwächen, um ihnen ein erträgliches Leben auch weiterhin bieten zu können und dass wir alle gut miteinander leben könne, um das ist es gegangen. Wir hoffen, dass hier trotzdem noch Bewegung reinkommt, ansonsten danke für die Zustimmung jener Fraktionen, die es tun und die anderen, die nicht zustimmen, ja, sei es drum. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ, Neos) abgelehnt.

8.8 Gewaltschutz für Frauen und Mädchen (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuseherInnen auch im Livestream. Der Bürgermeister Nagl hat es heute auch schon anfangs erwähnt bei den tollen Masken, die wir von den SoroptimistInnen zu der Kampagne Orange the World bekommen haben, dass der Lockdown und die Corona-Pandemie, vor allem im Bereich von Gewalt an Frauen enorme Belastung und enorme Gefahren Frauen ausgesetzt haben und der Lockdown bedeutete vor allem für gewaltbetroffene Frauen, dass sie Gewalt in den eigenen vier Wänden erlebt haben. Ein Ort, an dem man sich eigentlich sicher fühlen sollte, und vor allem der erste Lockdown hat es gezeigt, dass leider dieses permanente Zuhausesein dazu geführt hat, dass viele Frauen nicht die Flucht in ein Frauenhaus organisieren konnten, weil sie permanent eingesperrt waren und permanent mit einer anderen Person in den eigenen vier Wänden waren. Alleine in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden in Graz 368 Betretungsverbote von der Polizei ausgesprochen und bereits vor dem Lockdown erlebten wir eine erschreckende

Reihe an Morden an Frauen, sehr oft durch deren jeweiligen Ex-Partner. Bis heute gab es leider 20 Frauenmorde in Österreich und unser Land ist in den letzten Jahren damit auf den traurigen ersten Platz gerutscht und auf einen Platz in der EU, den wir eigentlich nicht haben wollen. All diese Fakten sprechen eigentlich nur die Spitze dieser Gewaltpyramide an und die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen zeigen, dass Gewalt an Frauen viele Gesichter hat und nicht nur die der häuslichen Gewalt. Frauen erleben in Österreich, aber auch weltweit, in enormer Weise körperliche, seelische, sexualisierte, verbale, ökonomische und strukturelle Gewalt. In Österreich gibt es aber glücklicherweise durch Vorkämpferinnen wie Johanna Dohnal und der autonomen Frauenbewegung ein großes Netz an Frauenunterstützungseinrichtungen und Frauenschutzeinrichtungen und auch eine gesetzliche Grundlage für den Gewaltschutz. Wir haben auch mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention 2014 verbindliche Rechtsnormen geschaffen, um Gewalt an Frauen entgegenzuwirken, zu verhüten und quasi zu reduzieren. Diese ExpertInnengruppe des Europarates, die sich mit diesem Thema befasst, hat uns in einem Bericht 2019 gelobt für unsere Maßnahmen im Bericht der häuslichen Gewalt, aber sie weist auch einige Lücken auf im Gewaltschutz und es ist auch diese ExpertInnengruppe, die sagt, man bräuchte in Österreich vom Bund noch 210 Mio. Euro mehr, um alle Notwendigkeiten im Gewaltschutz wirklich Rechnung zu tragen. Deswegen stehe ich heute hier vor Ihnen und bitte Sie, gemeinsam mit mir dieses Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu senden, dieses Zeichen als gemeinsames Zeichen, als gemeinsame Strategie gegen die Gewalt an Frauen an den Bund zu setzen. Es ist eine Petition an den Bund und daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Die Stadt Graz bekennt sich zu einem echten und umfassenden Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in Österreich.

- Der Gemeinderat tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert die Umsetzung der Istanbul-Konvention, insbesondere den kontinuierlichen Ausbau der finanziellen Ressourcen für Prävention und Gewaltschutz analog zum Motivenbericht und die Fortführung des Nationalen Aktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt (NAP). Darüber hinaus braucht es die Stärkung der Prozessbegleitung, Antigewalttraining, umfassende Täterarbeit und Männerberatung, bundesweite regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen sowie den bundesweiten Ausbau und Erhalt von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern.

Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Corona-Pandemie stellt Frauen und Mädchen in Österreich in ihren Berufs- und Lebenswelten vor besondere, oft auch bedrohliche Herausforderungen.

Besorgniserregend sind vor allem die Entwicklungen im Gewaltschutz. In den ersten acht Monaten 2020 mussten genauso viele Betretungsverbote ausgesprochen werden, wie im gesamten Jahr 2019. 20 Frauenmorde in diesem Jahr sind ein trauriger Höchststand. Die Corona-Pandemie verschärft die an sich prekäre Situation vieler Frauen und Mädchen in Bezug auf Gewalterfahrungen enorm. Eine besondere Gefahrenlage gibt es laut Rotem Kreuz für ältere Frauen.

In Österreich trat bereits am 1. August 2014 das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention) in Kraft. Die Istanbul-Konvention schafft verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt. Dafür sieht sie umfassende Maßnahmen in

den Bereichen Prävention, Betreuung und Hilfe, Rechtsschutz sowie zivil- und strafrechtliche Verfahren vor.

Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention seitens Bund, Länder, Kommunen und der Zivilgesellschaft bedarf es aber einer nationalen Gesamtstrategie sowie entsprechender budgetärer Mittel. Die auf Bundesebene vereinbarte minimale Erhöhung der Mittel kann nur als erster Schritt gesehen werden und ist keineswegs ausreichend. Laut einer ExpertInnengruppe des Europarates (GREVIO) muss Österreich 210 Millionen Euro mehr investieren, um den Notwendigkeiten des Gewaltschutzes Rechnung zu tragen.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- *Die Stadt Graz bekennt sich zu einem echten und umfassenden Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in Österreich.*
- *Der Gemeinderat tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert die Umsetzung der Istanbul-Konvention, insbesondere den kontinuierlichen Ausbau der finanziellen Ressourcen für Prävention und Gewaltschutz analog zum Motivenbericht und die Fortführung des Nationalen Aktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt (NAP). Darüber hinaus braucht es die Stärkung der Prozessbegleitung, Antigewalttraining, umfassende Täterarbeit und Männerberatung, bundesweite regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen sowie den bundesweiten Ausbau und Erhalt von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern.*

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Sehr geehrte Gemeinderätin Robosch, danke für die Vorlage dieses wirklich wichtigen Themas. Du hast mit diesem Thema die Aufmerksamkeit der Medien, aber auch der Menschen in Graz sehr getroffen. Auch die Kampagne, die man hier sieht, weckt zur Diskussion auf und das finde ich wichtig, weil die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung stehen leider noch am Anfang. Leider sind oft Scham und Angst der Betroffenen ein Grund dafür, dass sie nicht hinausgehen, meisten sind das Frauen, die sich einfach nicht Hilfe holen, weil einfach das Bewusstsein und die Sensibilisierung noch nicht da sind und solange jemand selbst nicht sagt: „Ich brauche Hilfe“, solange kann man einem auch nicht helfen und das ist natürlich sehr traurig. Nicht immer sieht man Gewalt, deswegen kann auch nicht immer von außen geholfen werden, deshalb ist es einfach wichtig, dass man wirklich immer wieder darüber spricht. Es ist ganz schlimm, dass häusliche Gewalt so stark im Vordergrund steht, weil wir unsere Jugend darauf vorbereiten, wenn sie ausgehen z.B., pass auf, dass du nirgendwo hingehst alleine, wenn es finster ist, pass auf, wenn dieses oder jenes passiert, wenn du eine unangenehme Situation in der Nacht hast z.B., ruf das Heimwegtelefon an oder wenn es noch unangenehmer ist, die Polizei. Darauf bereiten wir unsere Jugend vor, aber wir bereiten sie nicht darauf vor, was ist zu tun bei häuslicher Gewalt und es kommt leider eben sehr oft vor. Zum Glück haben wir seit 25 Jahren das Gewaltschutzzentrum, da sind wir Vorreiter und sehr fortschrittlich gewesen und das ist auch gut so, dass es das gibt, wie man mittlerweile sieht. Der Auftrag des Gewaltschutzzentrums ist eben, Menschen, die von Gewalt bedroht sind, zu helfen, zu begleiten und auch Menschen, bei denen die Polizei ein Betretungsverbot ausgesprochen hat, auch diese Menschen müssen vom Gewaltschutzzentrum begleitet werden, und in der Steiermark sind es ungefähr 3.000 Personen, davon sind 1.200 alleine in Graz betroffen, 63 % sind Frauen und 17 % sind Männer, also, mehr als vielleicht so mancher glauben möchte. Aber ein Drittel der Betroffenen kommt eben über die polizeiliche Intervention zum Gewaltschutzzentrum, zwei Drittel kommen tatsächlich selbst, das ist schon recht gut, das heißt, die Menschen wissen, wo sie sich Schutz suchen können, aber leider immer noch zu wenige. Das Gewaltschutzzentrum hat mir mitgeteilt, dass nicht mehr

Betretungsverbote ausgesprochen worden sind als gedacht, obwohl im ersten Lockdown anfänglich mehr Fallzahlen gewesen sind, aber die Fälle sind dann wieder hinuntergegangen und die Betretungsverbote sind dann weniger geworden. Mir ist auch mitgeteilt worden, dass seit 1.1.2020 eine neue Zählweise gilt, was jetzt die Zahlen ein bisschen zu verfälschen scheint, wenn man das vergleicht, da muss man schon genauer hinschauen. Also die Zahlen sind leider, muss man sagen, gleich geblieben im Vergleich zu den anderen Jahren und deshalb möchte ich dir, liebe Anna, sagen, dass dieses Thema für uns auch dringlich ist (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Liebe ZuhörerInnen. Ich kann das nur unterstützen, das Thema ist dringlich, das ist mehr als dringlich. Die Zahlen, will ich sagen, sind oft trügerisch, denn nicht jede Frau, die Hilfe bräuchte, sucht sich Hilfe bzw. wägen auch Frauen im Lockdown durchaus ab, ob sie sich Hilfe in Form eines Betretungsverbotes holen, wenn sie wissen, dass in dieser schwierigen Zeit dann ihr Partner, mit dem sie doch ja irgendwie noch verbunden sind, dann vor verschlossener Tür und im Nichts stehen würde, insofern können wir diesen Antrag nur unterstützen. Ich habe das ja heute schon einmal erwähnt, wie wichtig das ist und habe deswegen auch gefordert, dass Institutionen, die sich um sowas kümmern, besser gefördert werden, finanziell gefördert werden, denn es braucht, um gute Beratung machen zu können, einfach Zeit und um diese Zeit zu haben, braucht man Personal und dieses Personal soll bezahlt werden. Was ich noch erwähnen wollte, weil das ja auch gerade gesagt wurde, die Leute kommen über die Polizei. Es gibt bei der Polizei in Graz genau eine Frau, die dafür zuständig ist, für von Gewalt betroffene Frauen, die bekommt nicht einmal psychosoziale Betreuung, sie selbst bezahlt sich Psychotherapie und regelmäßige Supervisionen. Also wenn von Aufstockung der Polizei die Rede ist, dann möchte ich sagen, gerade in solchen sensiblen Bereichen, wo man auch präventiv tätig sein könnte und eine hochbelastete Mitarbeiterin hat, dann möchte da auch einmal hingeschaut werden. Und eine dritte Maßnahme ist, denke ich, für mich auch die Sensibilisierung und zwar im Vorfeld dafür

werden z.B. feministische Medien ganz wichtig. Feministischen Medien wurde damals unter der türkis-blauen Regierung, durch das Frauenministerium großteils die komplette finanzielle Unterstützung gestrichen und es wurde jetzt unter der türkis-grünen Regierung nicht rückgängig gemacht. Ich hoffe einmal, da tut sich in Zukunft auch bald etwas, denn Information im Vorfeld, wie ein Verhalten gut wäre oder wie man sich, wie Frauen sich gegen übergriffige PartnerInnen wehren können oder überhaupt zu wissen, was als übergriffig gilt und wie ein Verlauf sein kann, das ist so wichtig, um das Schlimmste zu verhindern, eigentlich das, was wir wollen, wir wollen ja nicht, dass Frauen dann die schlimmsten Konsequenzen erleiden müssen und ausziehen müssen. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke, Frau Gemeinderätin. Nachdem eine Kollegin im Gemeinderat sitzt, die selbst bei der Polizei arbeitet, nämlich Frau Gemeinderätin Wagner, darf ich nur auch festhalten, dass die Polizei von Graz auch Kriminalpräventionsarbeit leistet, dass vor zwei Jahren im Zuge des Projektes „Gemeinsam Sicher“ mit dem Bundesministerium für Inneres ein Konzept ausgearbeitet wurde und sehr viele Persönlichkeiten der Grazer Polizei an diesem Thema dran sind, also nicht nur eine Person, auch unsere Kollegin ist seit zwei Jahren intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Jetzt hat sich zu Wort gemeldet unsere Frauenstadträtin, Frau Stadträtin Schwentner.

StRⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Danke, einige Zahlen sind ja schon erwähnt worden und es ist jedes Betretungsverbot eines zu viel, jede Form von Gewalt an Frauen natürlich ein immer wiederkehrendes Thema und insofern ist wichtig, dass wir das heute eh schon zum zweiten oder dritten Mal, und dass es auch heute wiederkehrt als Thema ist wichtig, dass wir das diskutieren und öffentlich machen, deswegen ist es nicht ganz nachvollziehbar, wenn wir uns als Stadt Graz zu einem umfassenden Gewaltschutz bekennen, warum es den

dringlichen Antrag gibt und dann einen Abänderungsantrag, weil im dringlichen Antrag, der sich hier an den Bund richtet, viele Dinge angesprochen werden, die essentiell sind und das kein Widerspruch wäre, das als Ergänzung zu machen zu dem, was vor Ort passiert. Ich möchte kurz eingehen auf das, was vor Ort passiert, das ist nämlich nicht wenig. Wir haben heute Mehrjahresförderungen beschlossen, einstimmig, das ist ein sehr schönes Zeichen. Wir haben Übergangswohnungen geschaffen gemeinsam mit dem Kurt Hohensinner, das war ein langjähriger Wunsch von den Frauenschutzeinrichtungen, Frauenhäusern, sowas zu haben, wir haben jetzt zwei, wenn mehr gebraucht werden, gibt es auch das Zugeständnis, dass es mehr geben könnte in Zukunft. Es gibt „Luisa ist da“, es hat Lockdown-gemäß in diesem Jahr sehr wenig Grazer Nachleben gegeben, aber das, was bisher passiert ist in dem Projekt, ist sehr viel. Es sind sehr viele Gastronomiebetriebe in Graz an Bord, unterstützen das Projekt und in dem Sinn auch die Sensibilisierung von Personal in Lokalen gegen sexualisierte Gewalt oder sexuelle Belästigung, aber auch bieten das Hilfsangebot für junge Frauen an. Nichtsdestotrotz reagiert auch der Bund; es ist wichtig, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, aber ich möchte schon erwähnen, dass das Frauenbudget im Bund heuer zum ersten Mal seit 10 Jahren um 43 % erhöht wurde und ich kann es mir nicht verkneifen zu sagen, dass solange SPÖ-Frauenministerinnen Frauenministerinnen waren, jedes Mal gefeiert wurde, und ich habe es auch erlebt als Abgeordnete zum Nationalrat, gefeiert wurde, dass das Budget nicht weniger wurde. Das wurde heuer erstmals mehr, es gibt sehr viel im Bereich Gewaltschutz und Opferschutz, Aufstockung der Opferschutzeinrichtungen, Anlaufstellen für Zwangsheirat, Frauenberatungsstellen werden geschult, es gibt einen Ausbau der Täterarbeit, Gewaltpräventionstrainings, also die Liste ist lang, ich habe sie mit, Anna Robosch, ich kann sie dir noch einmal zeigen. Wir würden trotzdem, hätte meine Fraktion den dringlichen Antrag unterstützt, weil jedes Signal, egal in welche Richtung, gegen Gewalt an Frauen ein wichtiges ist, schade, dass es nicht so ist. Trotzdem kann ich, es hat auch einen einfachen Antrag, im letzten Gemeinderat, glaube ich, war das, oder im September von der Gemeinderätin Mohsenzada gegeben, auch eine Petition an den Bund. Es wird einen Bericht geben meinerseits, weil es einen Gewaltschutz-

Gipfel gegeben hat Ende November, einige Gewaltschutzeinrichtungen aus Graz waren dabei mit den MinisterInnen, ich werde mir da einen Bericht einholen und dann auch entsprechend im Gemeinderat dazu berichten, deswegen schade, das wären jetzt zwei einander ergänzende Anträge zu dem Thema, das Thema ist ein wichtiges und deswegen danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Schönbacher:**

Meine Fraktion, die freiheitliche Fraktion, und die ÖVP haben sich zusammengeschlossen und wir haben gemeinsam einen Abänderungsantrag formuliert. Warum haben wir das gemacht? Weil die Frauensprecherin Gemeinderätin Anna Hopper und ich dieses Thema als wirklich wichtig empfunden haben und wir haben für uns beschlossen, dass ein Bekenntnis alleine einfach zu wenig ist oder das Thema an den Bund abzugeben, das ist uns zu wenig. Finanzielle Mittel sind ja mehr beschlossen worden, das ist gut so, aber wir wollten wirklich, dass wir als Stadt Graz etwas für die Grazerinnen und Grazer tun und deshalb haben wir uns eben einige Dinge dazu überlegt. Vorgegangen sind Gespräche mit den Gewaltschutzzentren und anderen Gewaltschutzvereinen und da konnten wir hausfiltern, dass drei Punkte besonders wichtig sind. Das eine ist die Finanzierung, die gegeben zu sein scheint. Das Zweite ist die Bewusstseinsbildung, diesen Punkt haben wir formuliert. Das Dritte ist die Sicherung der Qualität der Beratung und Begleitung, auch da haben wir einen Punkt dazu formuliert. Zum ersten Punkt, zur Sensibilisierung, ich will jetzt, weil es schon so spät ist, weder unseren gemeinsamen Motivenbericht vorlesen noch unsere beiden Antragspunkte. Ich gehe davon aus, weil das für uns alle ein wichtiges Thema ist, dass Sie das gelesen haben, aber ich möchte nur dazu ergänzen, eben zum Punkt 1, dass die Sensibilisierung einfach deswegen so wichtig ist, weil eben Gewalt wirklich viele Gesichter hat. Es ist nicht nur Gewalt, wo man dann ein blaues Auge davonträgt, das kann auch Gewalt sein, dass man nicht jemanden heiraten darf, den man heiraten

möchte, dass man irgendwelchen Zwängen unterliegt, dass man sein Geld nicht dafür verwenden darf, wofür man es gerne ausgeben möchte, also Gewalt kann viele Gesichter haben, sowohl psychisch als auch physisch. Deshalb ist eben Sensibilisierung so wichtig, damit eben die Personen wirklich aus ihrem Schneckenhause dann herauskommen und sich auch Hilfe suchen. Gewalt kann jeden treffen, weil Gewalt ist vom sozialen Umfeld völlig unabhängig, Gewalt kann jemanden von uns treffen, kann mich treffen, kann jemanden in unserem Bekanntenkreis treffen und Gewalt, wie gesagt, muss nicht sichtbar sein. Das heißt, wenn das Umfeld nicht merkt, dass jemand von Gewalt betroffen ist, sollte eben gerade durch diese Sensibilisierung, die wir einfordern, der- oder diejenige wirklich Mut fassen und sich Hilfe holen, das wäre eben wichtig, auch wenn das Umfeld das nicht bemerkt. Zum Beschlusspunkt 2 möchte ich gerne sagen, dass anhand der Tätigkeitsberichte eben zu sehen ist, dass es da immer mehr Bedarf gibt. Warum gibt es immer mehr Bedarf? Weil zum einen immer wieder neue Fälle dazukommen, die beraten und begleitet werden müssen, zum anderen sind manche Fälle, manche Frauen, die vergewaltigt worden sind, einfach so schwer betroffen, dass sie über Jahre begleitet werden müssen und deshalb braucht man sowohl mehr Budget als auch mehr Kapazität, daher sollten wir Synergien nutzen, weil das wäre einfach wirklich sehr wichtig. Was auch sehr, sehr wichtig ist, ist eben die soziale Kompetenz. Weil gerade diese Art von Beratung, da reicht eine sozialberufliche Beratungsausbildung einfach nicht aus, weil das so schwere Fälle sind, deshalb ist es ganz wichtig, dass man hier ganz eine spezielle Ausbildung hat, die eben das Gewaltschutzzentrum aufweist und auch der Verein TARA kann das gut übernehmen, weil es gibt immer wieder Hochrisikofälle und da braucht man wirklich ein fundiertes Fachwissen, sonst kann man die Menschen hier weder beraten noch begleiten und das ist, wenn wir schon darüber sprechen, eben ein sehr wichtiger Punkt und deshalb bitten Gemeinderätin Anna Hopper und ich um Zustimmung zu unserem Abänderungsantrag, weil wir sind der Meinung, ein Bekenntnis alleine ist zu wenig (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Dass die Corona-Pandemie Frauen vor eine besonders große Herausforderung stellt, ist weithin bekannt. Als Stadt Graz liegt es daher an uns, die optimalen Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen. Insbesondere für Frauen, die Opfer von Gewalt waren, ist es wichtig, rasche und effektive Hilfe zu ermöglichen. Die Stadt Graz unterstützt Organisationen, die betroffenen Frauen helfen und unterstützt bereits jetzt diverse Kampagnen, die den Kampf gegen Gewalt an Frauen zum Ziel haben.

Die zur Verfügung stehenden Mittel für Frauen und auch für Gewaltschutz wurden im November 2020 um 20 Prozent aufgestockt. Das Ziel der Bundesministerin, ebendieses Budget wieder hauptsächlich für die Finanzierung von österreichweiten Gewaltschutzzentren und flächendeckenden Beratungseinrichtungen sowie für weitere Informationsinitiativen einzusetzen, wurde klar festgehalten.

Der Gemeinderat der Stadt Graz ist für die entsprechenden Rahmenbedingungen in Graz zuständig. Deshalb sind konkrete Verbesserungsvorschläge zur aktuellen Situation für Frauen, die in unserer Stadt Opfer von Gewalt wurden, aus unserer Sicht wesentlicher, weil sie zur Optimierung unseres Angebotes in Graz beitragen.

Aus diesem Grund stellen der ÖVP-Gemeinderatsclub gemeinsam mit dem Gemeinderatsklub der FPÖ folgenden

Abänderungsantrag:

Anstelle der beiden angeführten Forderungspunkte möge der Gemeinderat Folgendes beschließen:

- Die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung sind Schlüssel für die Prävention von Gewalt an Frauen und das Wissen um rasche, niederschwellige Anlaufstellen für Betroffene ist essentiell. Die zuständigen Stellen mögen prüfen, ob die*

aktuellen Bemühungen zur Bewusstseinsbildung optimiert werden sollten, um mehr Grazerinnen und Grazer zu erreichen.

- *Das Gesundheitsamt sowie das Referat für Frauen und Gleichstellung mögen prüfen, inwieweit Synergien zur Unterstützung der psychologischen Betreuung von Opfern physischer und psychischer Gewalt, welche von diversen Organisationen in Graz angeboten werden, gefunden werden können.*

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte KollegInnen und Kollegen. Ich sehe es wirklich als enorm wertvoll und enorm wichtig, dass auch zu dieser späten Stunde zu diesem Thema ein so klarer Konsens herrscht, dass dieses Thema so wichtig ist und das ist etwas, was ich wirklich auch hervorheben möchte und nach außen tragen möchte, dass allen Parteien in Graz der Gewaltschutz von Frauen sehr, sehr wichtig ist. Dennoch hätte ich mir gewünscht, dass dieser Abänderer ein Zusatzantrag ist, denn ich bin sehr froh darüber, dass man auch in Graz in den zuständigen Stellen, vom Gesundheitsamt und auch vom Referat für Frauen und Gleichstellung, Synergien und auch vielleicht Mittel finden möchte, um Beratung und Unterstützung und Prävention von Gewalt an Frauen zu schaffen, aber ich bin mir dennoch bewusst, dass Graz mit allen Stellen, die zur Verfügung stehen, das große Thema von Gewalt an Frauen nicht so lösen kann und dem nicht so entgegenwirken kann, wie wenn der Bund eine nationale Gesamtstrategie in diesem Bericht, vor allem in Bezug auf die Istanbul-Konvention, vorgibt. Es ist schon erwähnt worden, dass das Budget des Frauenministeriums erhöht wurde von ungefähr 10 Mio. in den letzten Jahren auf 14 Mio. Diese Erhöhung ist natürlich sehr begrüßenswert, aber es tut mir wirklich leid, 14 Mio. sind im Gegensatz zu 210 Mio. Euro sehr weit, weit, weit entfernt von den notwendigen budgetären Mitteln, die für all diese Notwendigkeiten im Bereich Gewalt an Frauen notwendig wären. Und weil Sie angesprochen haben, dass Gewalt viele Gesichter hat: ja, das stimmt und wir in Österreich haben die glückliche Lage, dass es schon viel gibt und viel gemacht wird.

Fun-Fact: Heute, genau heute vor 30 Jahren wurde das Frauenministerium mit der Angelobung von Johanne Dohnal als Frauenministerin gegründet und es zeigt, dass wir eben schon viel geleistet haben in diesem Bereich, aber es zeigen leider auch die Zahlen, die wir heute hier schon gehört haben, und wir kennen, ich bin mir sicher, wir kennen auch sehr viele Geschichten aus dem eigenen Bereich und Erzählungen aus dem eigenen Bekanntenkreis, die eben zeigen, dass wir noch nicht so weit sind, dass wir uns zurücklehnen könnten. Das Bekenntnis der Stadt Graz ist deshalb auch wichtig, weil es ein Zeichen für alle gewaltbetroffenen Frauen nach außen ist, zu sagen: „Wir glauben dir, wir sind auf deiner Seite, und wir wollen dir helfen“, aber es ist nicht ein Bekenntnis alleine, es ist ganz klar ein Auftrag für den Bund, diese Gesamtstrategie in Bezug auf die Istanbul-Konvention zu entwickeln und dann konsequent zu verfolgen. Und das würde ich mir sehr, sehr dringend wünschen, weil jede gewaltbetroffene Frau ist ein zu viel und jede Maßnahme zur Verhinderung und Prävention von Gewalt an Frauen kann helfen, deswegen dankeschön für diese Diskussion, danke auch für den Konsens, dass dieses Thema wichtig ist, aber trotzdem können wir diesem Abänderer nicht zustimmen, weil es einfach zu wenig wäre (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

8.9 Schaffung neuer Lernräume (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Mein dringlicher Antrag bezieht sich auf Menschen, die weder SUVs noch Häuser mit großen Gärten haben, sondern eben jene Familien, die auf kleinsten Räumen wohnen, und das während einer Pandemie

und während eines Lockdowns. Die Pandemie stellt alle Studierenden, SchülerInnen und Familien vor große Herausforderungen. Für morgen ist eine Pressekonferenz geplant, wo wir vielleicht hören werden, wie es weitergeht ab dem Stefanitag, ob wieder ein harter Lockdown kommt oder vielleicht auch nicht; aber ein harter Lockdown ist gerade für Familien in kleinen Wohnungen eine sehr schwierige Situation und es finden SchülerInnen ja nicht einmal einen ruhigen Ort, um sich zum Lernen zurückzuziehen. Darüber hinaus gibt es dazu oft noch das Problem, dass eine ausreichende WLAN-Verbindung auch nicht zur Verfügung steht, um für Lehrabschlussprüfungen, die Schule oder eben für ein Studium zu lernen. In Wien hat man sich dieser Problematik bereits angenommen und das Konzept der fliegenden Lerncafés erarbeitet, so konnte zusätzlicher Lernraum in Kooperation mit Wiener Kaffeehäusern geschaffen werden. In diesen sogenannten fliegenden Lerncafés finden Studierende und SchülerInnen nämlich genau das, was sie zuhause nicht haben: einen ruhigen Platz zum Lernen und eine ausreichend schnelle Netzverbindung. Natürlich muss das Projekt unter strikten Hygienemaßnahmen sowie strenge Abstandsregelungen, Sitzplatzdesinfektion, regelmäßiges Lüften und Platzvergabe nach Online-Anmeldungen abgewickelt werden, aber dieses Konzept könnte ich mir für die Grazer SchülerInnen und Studierenden auch als tolles Angebot vorstellen bzw. sie auch aus diesem Dilemma zu holen.

Im Sinne der besten Bildungschancen stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz möge prüfen, welche Räumlichkeiten im Haus Graz in der derzeitigen Situation wenig ausgelastet sind, weiter, ob diese adäquate Lernräume darstellen und ob diese als kostenlose Lernräume unter Einhaltung der aktuellen Covid-Verordnungen bereitgestellt werden können.

2. Die Stadt Graz möge prüfen, ob das Wiener Konzept zur Schaffung neuer Lernräume durch die Zusammenarbeit mit Kaffeehäusern auch in Graz anzubieten möglich ist.

3. Die Stadt Graz möge für diese neuen Lernräume ein Hygiene- und Anmeldekonzept erarbeiten und auch anbieten.

Ich bitte Sie um Annahme dieses dringlichen Antrages unter Berücksichtigung der teilweise furchtbaren Lebensumstände, die während einer Pandemie oder einem harten Lockdown für viele Familien gegeben ist, das kann sicher nicht angenehm sein (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Pandemie stellt alle Studierenden, SchülerInnen und Familien vor große Herausforderungen. Gerade in kleinen Wohnungen ist es für Lernende oft sehr schwierig, sich an einen ruhigen Ort zurückzuziehen. Darüber hinaus existiert auch oft gar keine ausreichende WLAN-Verbindung, um für Lehrabschlussprüfungen, die Schule oder für ein Studium zu lernen.

In Wien hat man sich dieser Problematik bereits angenommen und das Konzept der fliegenden Lerncafés erarbeitet. So wurde zusätzlicher Lernraum in Kooperation mit Wiener Kaffeehäusern geschaffen. In diesen sogenannten fliegenden Lerncafés finden Studierende und SchülerInnen genau das, was sie zu Hause nicht haben:

einen ruhigen Platz zum Lernen und eine ausreichend schnelle Netzverbindung.

Natürlich muss das Projekt unter strikten Hygienemaßnahmen sowie strengen Abstandsregeln, Sitzplatzdesinfektion, regelmäßiges Lüften und Platzvergabe nach Online-Anmeldung abgewickelt werden.

Dieses Konzept würde auch für die Grazer SchülerInnen und Studierenden ein wichtiges Angebot darstellen, um bis zum Ende der Pandemie in alternativen Lernräumen Wissen erlangen zu können.

Im Sinne der besten Bildungschancen stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1. Die Stadt Graz möge prüfen, welche Räumlichkeiten im Haus Graz in der derzeitigen Situation wenig ausgelastet sind, weiter, ob diese adäquaten Lernräume darstellen und ob diese als kostenlose Lernräume unter Einhaltung der aktuellen Covid-Verordnungen bereitgestellt werden können.*
- 2. Die Stadt Graz möge prüfen, das Wiener Konzept zur Schaffung neuer Lernräume durch die Zusammenarbeit mit Kaffeehäusern auch in Graz anzubieten.*
- 3. Die Stadt Graz möge für diese neuen Lernräume ein Hygiene- und Anmeldekonzept erarbeiten und anbieten.*

GRⁱⁿ Potzinger:

Geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Seitens unserer Fraktion, in aller Kürze dargelegt, warum, liebe Kollegin Reininghaus, dieser Antrag für uns nicht dringlich ist. Erstens: Selbstverständlich hat der Herr Stadtrat schon prüfen lassen bei der Holding, ob es Räumlichkeiten gibt; gibt es nicht, kann ich dir sagen. Zweitens: Kaffeehäuser bitteschön werden am 7. Jänner wieder aufsperrten und dann wahrscheinlich nicht für Schüler zur Verfügung stehen. Aber jetzt die gute Nachricht,

die Stadt Graz tut ja wesentlich mehr als die Stadt Wien im Bereich Bildung, nicht nur als familienfreundliche Stadt, sondern als Bildungshauptstadt, das können vielleicht deine pinken Kollegen in Wien von dir dann viel lernen, wenn du dich mit diesem Thema näher auseinandersetzt. Wir haben Lerncafés, wir haben unsere Nachmittagsbetreuung, wir haben die Horte, wo die Kinder bestmöglich gefördert werden; und vor allem die Ärmsten, um die kümmern wir uns am allermeisten, wir bieten auch für alle SozialCard-InhaberInnen für diese Familien Gratis-Nachhilfe an, wir tun mehr als die anderen, und damit du dir das in aller Ruhe zu Gemüte führen kannst, darf ich dir als Weihnachtslektüre die Bildungsstrategie der Stadt Graz überreichen. Danke, Herr Stadtrat Hohensinner. Wir sind in der Bildung Nummer 1 (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, falls noch jemand zu später Stunde im Livestream dabei ist. Wir sehen das ein bisschen anders als unsere Vorrednerin. Natürlich hoffen wir alle, dass es keine oder möglichst wenig Home-Schooling-Phasen mehr geben wird. Ich bin ganz deiner Meinung, das Zuhausesein der Kinder ist für Familien eine riesengroße Belastung gewesen. Das größte Problem ist es aber für Familien, die eben von Armut betroffen sind, die in benachteiligten Lebenssituationen leben, du hast das ganz richtig ausgeführt, es da um beengte Wohnsituationen geht, es gibt keine Lernplätze. Es sind insgesamt sehr, sehr schwierige Bedingungen und das sind eben auch ganz oft Kinder, die auch schon vor dem Lockdown wenig Unterstützung auf ihrem Bildungsweg erfahren haben, das heißt, Bildungsungleichheit verschärft sich durch die Corona-Krise, das ist vielfach belegt worden und es ist total wichtig, dem entgegenzuwirken. Und in deinem dringlichen Antrag wird ja auch vorgeschlagen, dass die Stadt jetzt Räumlichkeiten sich anschaut, die eben jetzt nicht so viel genutzt werden und ob man die als Lernräume zur Verfügung stellen kann und da bin ich eben der Meinung, das könnte dann ja auch noch längerfristig wirken, auch wenn die Corona-Beschränkungen hoffentlich bald vorbei sein werden und deswegen werden wir auch in der Dringlichkeit und im Inhalt

zustimmen. Ich möchte das jetzt noch näher erklären, weil die Sissi Potzinger jetzt auch gerade über die Lerncafés geredet hat. Das ist ein Thema, das ich wirklich schon oft im Gemeinderat eingebracht habe, ja, wir haben die Lerncafés der Caritas und ein paar andere Vereine, die kostenlose Nachhilfe anbieten, aber das deckt den Bedarf bei weitem nicht ab. Die haben wirklich immer lange, lange Wartelisten, weil es wahnsinnig viele Kinder gibt, die von daheim eben nicht unterstützt werden können und unser Schulsystem derzeit so aufgebaut ist, dass man eben ganz oft Nachhilfe braucht und die dann oft privat bezahlt werden müsste, also der Bedarf daran wäre riesig und ich weiß nicht, ob einige von euch schon einmal ein Lerncafé besucht haben. Ich war unlängst z.B. im Lerncafé in Gries in der Nähe von der St.-Andrä-Kirche, das ist wirklich ein dunkler, kleiner Raum und ich glaube, man könnte viel mehr Kinder betreuen und denen auch bessere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, um eine bessere Lernumgebung zur Verfügung zu stellen und deswegen glaube ich, wird dieses Anliegen, was die Kollegin Reininghaus vorgetragen hat, ist jetzt dringlich und wird auch in Zukunft dringlich sein, auch wenn die Corona-Pandemie hoffentlich bald überwunden ist und in dem Sinn finde ich das ein sehr wichtiges Anliegen. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, vielleicht auch nur zur Anmerkung, vielleicht ist das auch nicht so bekannt, aber wir haben in Graz, BIT-Social heißt es, Gratis-Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler, deren Eltern auch SozialCard-Besitzerinnen und SozialCard - Besitzer sind, das ist ein Angebot, das seinesgleichen sucht und auf das möchte ich auch noch hinweisen.

GRⁱⁿ Mag.^a Bauer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, nur schnell in Ergänzung, die BIT-Lerncafés waren eine Idee von Michi Ehmman, die haben wir im Pavillon als SPÖ anfänglich initiiert, hat

die Stadt dann übernommen, also das ist unsere Idee, die gewachsen ist, da haben wir auch große Freude. Liebe Antragstellerin, wir halten es für sehr wichtig, dass darüber gesprochen wird, was brauchen die Schülerinnen und Schüler hier in Graz, das ist unser Thema. Liebe Sissi Potzinger, nur zu sagen, wir haben eine Bildungsstrategie und damit ist die Welt in Ordnung, das ist nicht so, wirklich nicht. Wir haben Diskussionen gehabt und es haben sich einige Schwachstellen bei der Bildungsstrategie auch gezeigt. Ich habe auch eine sehr umfassende Anfrage dazu eingebracht, wie man hier noch nachbessern und verbessern kann und, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, die Corona-Pandemie ist nicht mit einer Schulstrategie oder Bildungsstrategie vergleichbar, sondern die Corona-Pandemie erfordert sehr, sehr viel mehr, sie wird uns morgen wahrscheinlich noch nicht verlassen, auch wenn wir das so gerne hätten. Es ist eine Last für Eltern, es ist eine Last für die SchülerInnen und wir müssen dort hinschauen und lösen wo wir können. Ich möchte jetzt nur auf eines noch verweisen, das habe ich meinem Antrag heute, auch in einem Bildungsantrag, wo ich ein Maßnahmenpaket dafür fordere. Die Investitionskosten für einen einmonatigen Schul-Shutdown betragen 2,8 Mio. Euro, das hat das Institut Momentum errechnet, hier drinnen sind die Einkommenseinbußen und Produktivitätsverluste von Kindern und Eltern. Das heißt, die ökonomischen Kosten, die vielleicht auf der städtischen Ebene Investition sind, kommen ja weit dort nicht hin. Wir brauchen die psychische und physische Unterstützung für die Eltern, für die Kinder und für die Lehrkräfte, deswegen, alles was wir hier drinnen diskutieren und dazu Lösungen finden, ist gut, nur etwas abzulehnen, das ist wirklich zu kurzfristig (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns servieren, ganz, ganz herzlich bedanken, vor allem auch bei der Dame, die uns das Rednerpult ununterbrochen saubermacht. Vielen lieben Dank für Ihre Mühe (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ja, mein Schlusswort wird kurz und knackig. Ich finde es entsetzlich, muss ich Ihnen ehrlich sagen, ich glaube, die ÖVP hat, vom Bundeskanzler in Wien angefangen bis in den Grazer Gemeinderat, das Verständnis für die Menschen verloren. So einen Antrag derartig abzuschmettern, Frau Potzinger, finde ich ja wirklich nicht so gut und ich bitte Sie, sich ganz einfach ein bisschen emphatisch hineinzufühlen in ein Familienleben, 50 m², ein Dreijähriger, daneben ein 13-Jähriger, die Mama im Home-Office, können Sie sich das alles nicht mehr vorstellen? Ich bin enttäuscht, muss ich Ihnen ehrlich sagen, von der Grazer ÖVP und wahrscheinlich wird die FPÖ auch dagegen stimmen und ich wünsche Ihnen ein wunderschönes Weihnachtsfest. Dankeschön (*Appl.*).

Mag. Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin, die Betreuung in den Schulen findet statt und Gratisbetreuung für all jene Menschen, die gerade auf 50 m² wohnen und sich es nicht leisten können, werden durch ein Gratisangebot der Stadt Graz aufgefangen, es müssen die Menschen nur annehmen, also, weise ich das auch zurück, was Sie jetzt zum Schluss über uns als Partei gesagt haben (*Appl.*).

Meine geschätzten Damen und Herren, wir stimmen jetzt über die Dringlichkeit ab. So wie es aussieht, möchte ich noch anmerken, wird morgen auch auf Bundesebene wieder entschieden werden, ob es einen generellen Lockdown geben wird in Österreich, dann hat sich da, wenn ich so sagen darf, auch vieles wieder erledigt, was wir jetzt gerade auch diskutiert haben. Ich darf nun um die Abstimmung ersuchen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Mag. Bgm. **Nagl**:

Meine geschätzten Damen und Herren, bevor wir zum nicht öffentlichen Teil kommen, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, bei all jenen Persönlichkeiten, die heute mittels Livestream uns zusehen, mich auch zu bedanken, dass sie wieder mit dabei waren. Es war ein intensives Gemeinderatsjahr für uns. Wir dürfen Ihnen als Gemeinderat und als Stadtregierung, als Stadt Graz auch eine schöne Adventzeit wünschen, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein hoffentlich dann irgendwann einmal Corona-freies Jahr 2021. Vielen Dank, dass Sie dabei waren. Ich darf die Regie bitten, dann beim nicht öffentlichen Teil die Sitzung zu beenden.
Dankeschön (*Appl.*).